

Bezugspreis:

Wochenschrift, 32. — 3. monatlich 10. — 3. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10. — 3. einjährig 100. — 3. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal Zustellung 21.50 M. Postbestellungen nehmen an Österreich, Ungarn, Dänemark, Estland, Finnland, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragene in die Reichs-Zensur-Verzeichnisse. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“ und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90 — 151 97

Freitag, den 4. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 117 53 — 54

Anzeigenpreis:

Die abgepaltenen Anzeigenblätter kosten 5,50 M. „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 1,50 M. (zweiwöchentlich zwei fertige Blätter), jedes weitere Blatt 1. — M. Gebührgeld und Schickelentgelt das erste Blatt 1. — M. jedes weitere Blatt 50 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50 Pf. — M. Die Preise verstehen sich einschließlich Steuerzuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Ablehnung und Ultimatum.

Die Bestimmten haben recht behalten: die offizielle und zweifellos endgültige Antwort der Entente auf das deutsche Gegenangebot ist in der Form einer glatt ablehnenden Rede Lloyd Georges erfolgt, die in der Forderung: Annahme der Pariser Beschlüsse binnen vier Tagen, also bis Montag mittag, gipfelte.

Weder einzelne scheinbar versöhnliche Redewendungen des englischen Premierministers, noch die Erinnerungen an Spa, wo wir nacheinander zwei ähnliche Ultimata über uns ergehen lassen mußten, ohne daß es zum Bruch und zur Anwendung der angebotenen militärischen Strafmaßnahmen kam, vermögen über den außerordentlichen Ernst der Situation hinwegzutäuschen. Denn die erwähnten entgegenkommenden Sätze sollen wohl vor allem dazu dienen, den deplorablen Eindruck, den das brutale Vorgehen der Alliierten auf alle gerecht denkenden Menschen in den neutralen Staaten, in Amerika und in den eigenen Ländern machen muß, zu mildern. Und was die Präzedenzfälle von Spa betrifft, so darf man nicht vergessen, daß es sich damals bei dem Kohlenlieferungsabkommen und erst recht beim Entwarnungsprotokoll um Forderungen handelte, die das Leben und die Zukunft des deutschen Volkes unermesslich weniger bedrohten, als die heftigen Wiedergutmachungsbeschlüsse der Entente. Aus der Tatsache, daß wir damals nachgaben, sollte man weder bei uns, noch auf der Gegenseite auf die Wahrscheinlichkeit eines analogen Endausganges der Londoner Verhandlungen schließen. Wenn ein Vergleich mit vergangenen Situationen in Frage kommt, so nur der mit den Tagen von Versailles.

Aber auch hierin hat sich vieles wesentlich geändert: In diesen zwei Jahren hat sich vieles zu unseren Gunsten entwickelt, und sei es nur, daß sich die Welt aus ihrer damaligen Nachkriegspsychose zum guten Teil befreit hat — wenn auch die Not und Laten der wenigen Männer, die über die Welt herrschen, in den entscheidenden Augenblicken wenig von dieser geistigen Befreiung verspüren lassen. Des weiteren genießen wir, die im Sommer 1919 schutzlos der Willkür des Hoch ausgeliefert waren, in manchen wichtigen Teilen auch den moralischen Schutz des Versailler Friedensvertrages, und gerade die Ausführung der militärischen Drohungen würde, wie hier bereits wiederholt an der Hand des Versailles des einschlägigen Artikel nachgewiesen wurde, eine glatte Verletzung, ja Aufhebung des Versailler Friedensvertrages bedeuten. Und vor allem: in erfreulichem Gegensatz zu den Tagen von Weimar hat sich die Arbeiterklasse geschloffen gegen die Pariser Beschlüsse gewandt. Auch die „Freiheit“ hat sich vom ersten Tage an diesmal gegen die Unterwerfung unter das Entendiktat ausgesprochen. Von den Kommunisten gar nicht zu sprechen, deren Parole des Schutz- und Trutzbündnisses mit Sowjetrußland in der Praxis zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit der Entente führen müßte!

Die Arbeiterklasse ist sich eben diesmal ohne Unterschied der Partei der ungeheuren Gefahr bewußt, die die Pariser Beschlüsse für ihre Existenz bilden. Und allein die Tatsache des geschloffenen Widerstandes des deutschen Proletariats sollte genügen, um auch der Entente zu zeigen, wie verfehlt es wäre, auf eine einfache Wiederholung der geschichtlichen Ereignisse in den Monaten Mai und Juni 1919 zu spekulieren.

Wir wollen den Entscheidungen der Sozialdemokratischen Partei nicht vorgreifen, die möglicherweise bereits in der heutigen Sitzung unserer Reichstagsfraktion fallen werden. Wir beanügen uns vorläufig damit, nachdem wir uns in den letzten Wochen zu allen Seiten dieses furchtbaren Problems bereits eingehend geäußert haben, die Erklärung zu wiederholen, die in der Sitzung vom 2. Februar im Namen der Reichstagsfraktion durch den Genossen Hermann Müller-Franken verlesen wurde:

„Die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstags nimmt der Erklärung des Reichsaußenministers über die Unausführbarkeit der Pariser Wiedergutmachungsentschlüsse zu.“

Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge für ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden; sie würde das Vertrauen weder des Inlandes noch des Auslandes verdienen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen.

Durch keinerlei Abmachungen kann die Tatsache aus der Welt geschafft werden, daß die geforderten 42 Jahreszahlungen die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen.

Die geforderte 12prozentige Abgabe von der gesamten Ausfuhr liegt ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan in Widerspruch zu dem Vertrage von Versailles, der eine in 30 Jahren zahlbare feste Summe, nicht aber Einnahmen aus der

deutschen Wirtschaft von unbestimmter Höhe vorsieht. Die Ausfuhrabgabe bedeutet einen Zwang für die ganze Welt, die deutschen Waren teurer einzukaufen, zugleich aber auch eine dauernde Herabdrückung der Lebenshaltung und Befriedigung der deutschen Arbeiterschaft, die die stärkste Stütze der deutschen Republik ist.

Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zollsystems würde gleichfalls der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerhörte Zwangsjacke anlegen.

Die Pariser Vorschläge schaffen nicht jene Wiedergutmachung, die das arbeitende deutsche Volk zu leisten fähig und bereit ist, sie verschärfen vielmehr die wirtschaftliche Krise zur europäischen Katastrophe. Die Sozialdemokraten des Deutschen Reichstages lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf diese drohende Gefahr und richten an sie die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.“

(Folgt ein Schlußabsatz über die Entwarnungsfrage.)

Wie schwer die Existenz der deutschen Arbeiterschaft durch die Pariser Beschlüsse bedroht wird, geht, um es noch einmal zu wiederholen, mit erschreckender Logik aus dem Gutachten des Sachverständigenkollegiums hervor, das einstimmig gebilligt und unterzeichnet wurde, also auch von den Vertrauensmännern der Arbeiterklasse. Lloyd George hat zwar in seiner Antwortrede versichert, es läge „durchaus nicht in der Absicht der Alliierten, Deutschland zu unterdrücken. Im Gegenteil seien diese davon überzeugt, daß ein freies, zufriedenes und blühendes Deutschland eine notwendige Vorbedingung für den Frieden und das Wohlergehen Europas sei.“ Wir glauben, wie gesagt, daß sich diese beschwichtigenden Worte mehr an die Adresse der Neutralen, des Präsidienrats Harding und der eigenen Volksgenossen richteten, deren Gewissen sich gegen das Vorgehen der Entente aufbäumt, als an die Adresse des Reichsministers Simons und des deutschen Volkes. Lloyd George versteht es eben, zum Fenster hinauszureden, und läßt sich nicht, wie andere, solche kostbaren Gelegenheiten entgehen...

Aber gleichviel, das deutsche Volk wird in diesen Wendungen doch nur Phrasen erblicken können, denn es hat zwar bereits ein Ultimatum empfangen, aber es verweigert noch immer eine Antwort auf die Denkschrift seiner Sachverständigen über die Folgen der Pariser Beschlüsse und eine Widerlegung, oder wenigstens einen Widerlegungsversuch der furchtbaren Angaben und Beweisführungen, die diese Denkschrift enthält.

Diese Beteuerungen Lloyd Georges erinnern allzu sehr an die ritterlichen „Randbemerkungen“, mit denen die Strausberger Autobusräuber ihre Opfer trösteten: „Es tut uns herzlich leid, meine Herren, wir möchten euch wirklich nichts Unliebsames antun, viel lieber hätten wir einen einzigen wohlbeladenen Kassenboten angetroffen, als euch alle zusammen — aber...“ und ehe sich die Reisenden der ganzen Tiefe dieses Jartgefühls bewußt werden konnten, war die alliierte und affizierte Gesellschaft im Dunkel der Nacht mit der Beute verschwunden. Ueberhaupt erinnert noch manches andere in der Rede Lloyd Georges an die Moral dieser Kreise: so die Feststellung, daß Deutschland im Friedensvertrag seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt habe. Daß dieses Geständnis der Alleinschuld Deutschlands mit dem Resolutor erpreßt wurde und daher moralisch und geschichtlich wertlos ist, daran muß auch die deutsche Sozialdemokratie besonders deshalb festhalten, weil in diesem schweren und ungleichen Kampf des deutschen Volkes um sein Recht auf Leben nur moralische Waffen in Betracht kommen können und kommen sollen.

Das Ultimatum.

London, 3. März. (Havas.) Am Schluß seiner Antwortrede auf den deutschen Gegenanschlag gab Lloyd George Dr. Simons zu verstehen, daß, wenn die Deutschen bis Montag mittag nicht die Grundlagende des Pariser Abkommens annehmen sollten, die Alliierten beschloffen haben, Deutschland gegenüber sofort folgende Zwangsmassnahmen in Anwendung zu bringen:

1. Sofortige Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf durch die alliierten Truppen.
2. Die Alliierten werden von ihren Parlamenten die Genehmigung einholen, von jeder Zahlung für Waren aus deutschen Lieferungen einen prozentualen Abzug für Reparationszwecke einzubehalten.
3. Die an der Westgrenze eingehenden Zollentnahmen werden unter Aufrechterhaltung des deutschen Tarifs beschlagnahmt und eine

neue Zollgrenze am Rhein errichtet, an welcher nach den Festsetzungen der internationalen Rheinlandkommission Export- und Importzölle erhoben werden.

Der deutschen Regierung wird außerdem erklärt, daß etwa mögliche Abänderungen der in Paris getroffenen Bestimmungen nur die Art und Weise der Zahlungen betreffen dürfen, etwa in der Art der Herabsetzung der vorgesehenen Jahreszahlungen von 42 auf 30.

Der deutsche Bericht.

London, 3. März. (Deutscher Bericht.) An der heutigen Sitzung der Konferenz um 12 Uhr mittags im St. James-Palast nahmen außer der deutschen Delegation die englische, französische, italienische, japanische und belgische Delegation teil. Von deutscher Seite waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann, Schröder und Remold, die Ministerialdirektoren von Simson und von Le Sulre, der Reichsminister Stamer sowie die Sondervertreter Preußens und Bayerns, Geheimrat Feilinger und Staatsrat von Meinel, anwesend.

Lloyd George

ergriff sofort nach Beginn der Sitzung das Wort zur Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenanschläge. In längerer Rede führte er aus, daß die

deutschen Vorschläge einen Angriff

gegen den Grundgedanken des Versailler Friedensvertrages darstellen. Es läge durchaus nicht in der Absicht der Alliierten, Deutschland zu unterdrücken. Im Gegenteil, sie seien davon überzeugt, daß

ein freies, zufriedenes und blühendes Deutschland

eine notwendige Vorbedingung für den Frieden und das Wohlergehen Europas sei. Deutschland habe im Friedensvertrag seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt und habe deshalb für die Kriegsschäden Reparation zu leisten. Es sei bereits ein weltgehendes Einigenkommen der Alliierten, daß sie im Gegenzug zu dem Frankfurter Friedensvertrag von 1870 auf den Ersatz sämtlicher Kriegskosten verzichtet hätten. Er sei der Meinung, daß das deutsche Volk noch nicht genügend den Umfang der Zerstörungen würdige, die durch den von dem kaiserlichen Deutschland herausbeschorenen Krieg verursacht seien. In längeren Ausführungen hierzu schilderte Lloyd George

die Verwüstungen und Schäden

in den alliierten Ländern, insbesondere in Frankreich, die nur zum geringen Teile von kriegerischen Operationen herrührten. Die Alliierten wären durchaus geneigt gewesen, die deutschseits vorgebrachten Einwände gegen die Pariser Beschlüsse mit vollem Ernst zu prüfen. Wenn Deutschland eine Verzögerung der Zahlungsfrist von 42 Jahren (bei noch höheren Jahresraten natürlich Red.) gefordert oder anstatt der 12prozentigen Ausfuhrabgabe eine seinen Bedürfnissen entsprechende gleichwertige Maßnahme vorge schlagen hätte, so hätte hierüber gesprochen werden können. Demgegenüber müsse er aber feststellen, daß

die deutschen Gegenanschläge

als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung völlig ungeeignet seien, im Gegenteil eine Beleidigung und Herausforderung der Alliierten bildeten. Berücksichtige man, daß Deutschland im übrigen schon in vielfacher Hinsicht den Friedensvertrag von Versailles verletzt habe, so müsse man zu der Folgerung kommen, daß die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen wolle oder, was noch schlimmer sei, die Kraft nicht habe, ihren Willen durchzusetzen. Angesichts dieser Sachlage habe er namens der Alliierten die deutsche Regierung aufgefordert, bis Montag Mitteilung zu machen, ob sie die Pariser Beschlüsse annehme, oder Gegenanschläge zu unterbreiten, die eine gleichwertige Ausführung der aus dem Friedensvertrage Deutschland obliegenden Verpflichtungen sicherstellten. Andernfalls würden die obenstehenden Maßnahmen folgen. Lloyd George schloß seine Rede mit der Frage, ob Dr. Simons gleich eine Antwort geben wolle oder eine neue Sitzung heute nachmittag vorziehe.

Reichsminister Dr. Simons:

Die Rede Lloyd George wurde mit der Sorgfalt geprüft, die ihrem Umfang und ihrer Bedeutung entspreche. Die Delegation werde die

Antwort bis Montag mittag

erteilen. Im übrigen legte Dr. Simons dagegen Verwahrung ein, daß Lloyd George die Absichten der deutschen Regierung unrichtig beurteile, und betonte, daß für die von den Alliierten angeordneten Zwangsmassnahmen nach Ansicht der deutschen Regierung keinerlei Anlaß vorliege.

Die Reichsregierung.

Berlin, 3. März. (M.B.) Das Reichskabinett beschloß sich auf Grund der vorliegenden noch unvollständigen Nachrichten über die Londoner Konferenz darauf, die Bedeutung der von Lloyd George angekündigten Maßnahmen vorläufig durchzuprüfen.

Die heutige Reichstags-Sitzung.

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind angewiesen worden, sich im Laufe des heutigen Tages jederzeit bereitzuhalten, in eine Fraktionsbesprechung einzutreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Fraktionsbesprechung vor der Plenarsitzung stattfinden dürfte. Ihre Tagesordnung wird in einer Sitzung des Vizepräsidenten festgesetzt werden, die für 10 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Löbe stattfinden wird.

Wie wir hören wurden am gestrigen Abend die Parteiführer noch nicht zum Reichskanzler berufen.

Simons' Montag-Rede.

Witmoß nachmittags kam W.B. endlich mit dem ausführlichen Bericht über Simons' Rede in der Londoner Montagssitzung heraus, nachdem durch die bloße Wiedergabe des Gegenantrags der Bouché-Rede vier Tage lang freie Bahn gelassen worden war. Wir müssen uns jetzt auf die Mitteilung der hervorstechendsten Stellen beschränken:

Ich habe zunächst das Bedauern auszusprechen, daß die Gegenanträge nicht früher übermittelte werden konnten. Über die deutschen Sachverständigen waren so verschiedener Ansicht über Deutschlands Leistungsfähigkeit und Art der Leistungen, daß das Kabinett nach Anhörung der Parteiführer entscheiden mußte.

Finanziell sollte aus der deutschen Wirtschaft die denkbar höchste Leistung herausgeholt werden, was nur möglich wäre, wenn der deutsche Handel auf den höchsten Grad der Leistungsfähigkeit gebracht würde. Andererseits will man die deutsche Industrie auf ein solches Niveau herabdrücken, daß sie für die anderen Länder wenig oder

keine Konkurrenzgefahr

bildet. Die Aufgabe ist aber nach Ansicht der Deutschen Regierung durch die Nebeneinanderstellung der Annuitätenzahlungen und der Ausfuhrabgabe nicht richtig gelöst. Die finanzielle Gegenentschließung gibt in diesen Punkten der Denkschrift der Alliierten Recht. Die deutsche Leistungsfähigkeit kann nur festgestellt werden durch kontraktliche Verhandlungen.

Alle Welt ist darüber einig.

daß die jährliche Mindestzahlung von 6 Milliarden Goldmark nur herausgewirtschaftet werden kann aus dem Uberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr. Dazu wäre eine Ausfuhr notwendig, die den jährlichen Ausfuhrüberschuß um ein mehrfaches übersteigt, denn Deutschland ist in hohem Maße angewiesen auf Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln. Wir haben durch den Krieg wichtige Versorgungsgebiete für beltes verloren. Etwa das Biergebiet der Annuität muß ausgeführt werden, um das Verlangte zu leisten. Ich will nur auf die Gefahr hinweisen, die für den Handel der ganzen Welt in einer solchen deutschen Ausfuhr liegt. Deutschland wäre gezwungen, auf dem Weltmarkt den anderen Industriestaaten Konkurrenz zu machen in einer Weise, wie sie die Geschichte noch nicht gesehen hat. So sehr wir auch bereit sind, durch Beschränkung des inneren Bedarfs die Ausfuhrmöglichkeit zu steigern, so hat dies doch keine Grenzen in der Leistungsfähigkeit des Volkes.

Die 12prozentige Ausfuhrabgabe wird man so nur leisten können durch weitere Steigerung der Ausfuhr. Entweder wird sie vom Ausland getragen, oder aber die Industrie wird konkurrenzunfähig. Es kommt der Deutschen Regierung so vor, als wären die

Parlier Beschlüsse aufgebaut

auf einer Auffassung der deutschen Exportfähigkeit, die zwar einer vorübergehenden Sachlage zu entsprechen scheint, aber keine Gewähr für die Zukunft bietet. Neben Gärtners ist bekannt, daß ein Obstbaum, dem nicht genug neue Säfte zugeführt werden, manchmal noch besonders reich blüht und Früchte trägt, aber dann absterbt. So ist auch unsere augenblickliche Exportfähigkeit ein Zeichen der Krankheit und kann zur Folge haben, daß unsere Wirtschaft abstirbt. Es bedarf schon großer Zuversicht und großer Hoffnung auf ein Wiedererwachen des deutschen Volkes, um bei so schweren Bedenken, wie sie in den Denkschriften niedergelegt sind, zum Versprechen einer bestimmten Zahlung zu gelangen. Trotzdem hat die Deutsche Regierung sich entschlossen, eine feste Zusage zu machen, weil sie glaubt, daß das deutsche Volk, wenn es die sichere Möglichkeit einer

Befreiung von den Lasten des Krieges

innerhalb bestimmter Zeit vor sich sieht, sich bis aufs Äußerste anstrengen und mehr leisten wird, als man ihm augenblicklich zutraut. Auf Wunsch Lloyd Georges wiederholt Simons diesen Satz in noch deutlicherer Form und sagt dabei: Das deutsche Volk wird nicht leistungsfähig sein, wenn es sieht, daß man seinen Kindern und Enkeln solche Zahlungsvorgaben auferlegt. Außerdem ist rechnerisch nachgewiesen, daß der Wert einer Leistung, die man in 42 Jahren machen soll, heute nicht ganz 4 Prozent des Nominalwertes ausmacht, wenn man sie mit 8 Prozent diskontiert. Für den Steuerzahler in den alliierten Ländern oder für den Bewohner der zerstörten Gebiete ist es kein Trost zu wissen, daß wir nach vielen Jahren Annuitäten zahlen müssen, deren heutige Werte nicht für ihn mobilisierbar sind.

Darauf legte Simons kurz den deutschen Zahlungsvorschlag dar und fuhr fort: Ich erkenne die Bedenken nicht, die in dem Anleihevorschlag für die Finanzminister aller beteiligten Staaten liegen würden. Einmal wäre das inoffizielle Kapital den Landessteuern entzogen; sodann würde eine solche Anleihe geeignet sein, den Kurswert der anderen Staatspapiere zu drücken. Aber die Befreiung der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit würde allen Staatspapieren zugute kommen. Ueberdies würde sich nach Regelung der Reparationsfrage ein wichtiger Ausgabenposten der meisten Länder, nämlich

die Rüstungsausgaben,

sozialisch wesentlich herabsetzen lassen. Wir würden etwa 30 Milliarden französische Franken zu verzinsen und zu amortisieren haben, daneben aber noch den Restbetrag der übernommenen Gesamtverpflichtung, also entsprechend der Höhe der Anleihe

etwa noch 22 Milliarden

Goldmark. Daß Deutschland von 1921 bis 1926 nicht sehr leistungsfähig sein wird, hat sowohl der Versailler Vertrag wie die Pariser Uebereinkunft anerkannt. In Uebereinstimmung hiermit haben die deutschen Sachverständigen berechnet, daß, abgesehen von dem Zinsendienst für die Anleihe, die Summe von

1 Milliarde Goldmark der Höchstbetrag

sei, den Deutschland voraussichtlich in diesem Zeitraum würde aufbringen können. Sollte diese 1 Milliarde, die an sich schon eine optimistische Schätzung ist, nicht ausreichen, um die 22 Milliarden zu verzinsen, würden diese Zinsen nach unserem Gegenanschlag unverzinslich zu stehen sein, so daß sie nach Ablauf von 5 Jahren der Gesamtsumme zuzuschlagen wären. Ueber den Rest der gesamten Summe würde 1926 ein neuer Finanzplan aufzustellen sein. Von da an müßten sich naturgemäß die deutschen Jahresleistungen erhöhen, da Deutschland den Rest innerhalb 30 Jahren amortisieren wolle. In der Übergangszeit von fünf Jahren würde Deutschland verpflichtet sein,

zum großen Teil in Sachleistungen

zu zahlen; daneben ist es auch bereit, Arbeitsleistungen zur Verfügung zu stellen. Sachleistungen und Arbeitsleistungen würden auf die Annuitäten anzurechnen sein.

Dann hat Simons Verlesung des deutschen Vorschlags und Erteilung aller gewünschten Aufklärungen an, was Lloyd George bekanntlich mit empörenden und ironischen Worten ablehnte.

Deutsche Flugblätter im Unterhand?

London, 3. März. (holländisch Neuwisbureau.) „Daily Mail“ meldet voller Entrüstung, daß die deutsche Delegation in London einige Flugblätter drucken ließ, die an die Mitglieder des Unterhauses verteilt wurden. In einem dieser Flugblätter wird betont, daß die deutschen Steuern verhältnismäßig viel höher sind als in England und Frankreich.

Wert der Sanktionen.

London, 3. März. (holländisch Neuwisbureau.) Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ drückt, Deutschland befinde sich bezüglich der Sanktionen in einer starken Lage, da die Ausführung der Sanktionen den Alliierten viel mehr Unannehmlichkeiten und Kompensationen bringen wird als Deutschland selbst. Die Großindustrie in Deutschland habe sehr gut begriffen, daß eine Besetzung des Ruhrkohlenbeckens durch Frankreich zwar sehr theatralisch wirken, aber wenig praktische Erfolge bringen würde. Für den endgültigen wirtschaftlichen Aufbau Europas und die Eintreibung des Schadenersatzes durch Frankreich sei davon nicht viel zu erhoffen. Besteres sei hauptsächlich die Ansicht Lloyd Georges

und für Frankreich dringend notwendig. Es sei aber in Deutschland sehr wohl bekannt, daß

Amerika die Pariser Rechnung viel zu hoch

finde und für eine neue militärische Aktion keine weitere Unterstützung geben werde. Der Handel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten lebe wieder auf und die Deutschen in den Vereinigten Staaten täten ihr Möglichstes, um dem Vaterlande Hilfe zu leisten. Im Zusammenhang mit der

Notwendigkeit einer amerikanischen Unterstützung

für jede neue internationale Anleihe müßte die Haltung Amerikas von großem Interesse sein, wenn die Alliierten gegebenenfalls dazu übergehen, die Sanktionen durchzuführen.

20 Milliarden?

Paris, 2. März. (Havas.) Die Reparationskommission teilte u. a. mit: Auf den Hinweis der Reparationskommission vom 26. Februar 1921 auf die nach Art. 235 bis Ende April 1921 fälligen Leistungen im Werte von 20 Milliarden Goldmark hat die Deutsche Regierung in einer Denkschrift vom 20. Januar 1921 veräußert, sie habe bereits die fraglichen 20 Milliarden Goldmark bezahlt. Darauf hat die Reparationskommission der Deutschen Regierung erklärt, daß es unmöglich sei, vor Ende April eine genaue Berechnung des Wertes der bis zu diesem Datum erfolgten gewisse Kategorien von Lieferungen (wie z. B. das nach dem Waffenlieferungen anzustellen.

Es sei schwierig, mit Genauigkeit gewisse Kategorien von Lieferungen (wie z. B. das nach dem Waffenstillstand auszuführende Material) zu bewerten. Das Verlangen, den Wert des Kapitals der deutschen Güter in den abgetrennten Gebieten Deutschlands gut zu schreiben, sei gemäß Artikel 235 unzulässig. Selbst wenn angenommen werde, 1. daß die deutsche Handelsflotte und das ausgelieferte Material einen Wert von 2 Milliarden anstatt 1 Milliarde ausmache, 2. daß Deutschland alle für Rechnung der Besatzungsheere und für den Einkauf von Lebensmitteln verausgabten Beträge — wenn zu diesem auch keine Ermächtigung erteilt war — gutgeschrieben werden und 3. daß alle anderen Zahlenangaben Deutschlands korrekt seien, so überschreite das ungedeckte Saldo immer noch 12 Milliarden Goldmark. Die Kommission hat infolgedessen die deutsche Regierung aufgefordert, ihr alle zweckmäßigen Bemerkungen bezüglich der Art, in der sie den Verpflichtungen nach Art. 235 nachkommen wolle, zu unterbreiten.

Paris, 3. März. (W.B.) Nach einer „Tempo“-Mitteilung aus London werden die Minister Briand und Bouché morgen vormittag von London abreisen.

„Bekannt ist...“

In einer Betrachtung über die Frage der Kabinettsverweigerung schreibt die Zentrumsparlamentskorrespondenz:

Es ist begreiflich, wenn im Zusammenhang mit dem Gang der Verhandlungen in London im Reich erneut die Frage der Kabinettsverweigerung auftaucht, die anfänglich der Preußenwahlen bereits Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen ist. Bekannt ist, daß die Sozialdemokraten für den äußersten Fall, und als solchen könnte man wohl das Scheitern der Verhandlungen in London ansehen, ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit, in das Kabinett einzutreten, erklärt haben.

Bekanntlich sagt man dann mit Vorliebe „bekanntlich“, wenn man eine durchaus unbekannt Behauptung vorbringt. So ist es auch hier. Die von der Zentrumsparlamentskorrespondenz als bekannt bezeichnete Erklärung der Sozialdemokratie, im äußersten Falle in das Kabinett einzutreten zu wollen, ist in Wirklichkeit niemals gegeben worden. Die Partei hat vielmehr den gegenteiligen Standpunkt eingenommen, sie nimmt ihn auch jetzt ein. — Der aufgeregten „Roten Fahne“ aber, für die diese Meldung natürlich ein gefundenes Fressen ist, wollen wir verraten, daß die Sozialdemokratie ihre Beschlüsse einstweilen noch immer durch ihre Organe und nicht durch die Zentrumsparlamentskorrespondenz kundgibt.

Bilder aus Oesterreich.

Der neue Milliardär.

In Wien starb vor einiger Zeit ein gewisser Julius Brück, an dem weiter nichts außerordentlich war, als daß er 5 Milliarden Kronen hinterließ. (Also immerhin 500 Millionen Mark.) Im Jahre 1915 war er noch einfacher Fleischkommissionär in der Wiener Hauptfleischhalle gewesen. Ueber seine weiteren Schicksale berichten die Blätter: Im Jahre 1915 mußte Brück einrücken. Er kam zum Wiener Hausregiment, zu den Deutschmeistern, und hatte nach der Ausbildung mit einer Marschkompagnie an die Front abzugehen. Natürlich war er in den nächsten Tagen in der Rennwegkaserne auf einem sicheren Posten. Damals begann er im kleinen, seine Zeit zu kapieren. Kleine Geschäfte, kleine Gefälligkeiten brachten das erste Geld. Undes von kleinen Geschäften in der Kaserne führte kein Weg zu Millionen, sondern zunächst ins Wiener Divisionsgericht. Die große Zeit Brücks begann erst nach dem Umsturz, als des alten Oesterreich riesiges Waffenlager zum alten Eisen geworfen wurde. Kurzfristige Idealisten und Menschen ohne Wirklichkeitsinn sahen damals mitäugig auf den Berg von Eisen und Stahl herab; wer sollte noch Waffen brauchen? Brück war ein Wirklichkeitsmensch, er kaufte Gewehre, Munition, Konturen, kaufte bar und kaufte auf Pump. Der Krieg war vorüber, aber ein neuer Waffenhunger setzte ein. Polen konnte nicht genug bekommen, die Tschechoslowakei schrie nach Waffen, Jugoslawien stellte ein großes Heer auf — Brück wurde ihr Generallieferant. Nach der ersten Million sprangen die Ziffern von selbst in die Höhe. Brück zahlte die Waffen mit österreichischen Papierkronen und bekam wirkliches Geld. Brück hatte es nicht immer leicht, die Schwierigkeiten zu überwinden. Aber seine robuste, von allen Bedenken unangekränkelte Natur schreute vor nichts zurück. Wo es nicht auf geradem Wege ging, ließ er sein Geld springen; Speien spielten bei dem Mann keine Rolle. Nach einem Jahr seiner großen Praxis war der ehemalige Fleischkommissionär in der Welt der Spekulationen und Gläubiger, auf dem Terrain der großen Hotels eine der bekanntesten Figuren. Seine Karriere währte kaum zwei Jahr.

Der Admiral als Schusterlehrling.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet: Als die Teilnehmer der Bayerischen Nordpolexpedition heimkehrten, fuhrten sie im Triumphzug durch die Herrngasse, und unter dem Blumenregen sah auch ein Schiffslieutenant der Kriegsmarine. Dieser Schiffslieutenant wurde später der Adjutant des Admirals Sterned. Heute sieht er im Alter von 68 Jahren mit völlig weißem Haar in einem kleinen Zimmerchen in der Herrngasse 21, hat eine große, blaue Arbeiterschürze vorgebunden und zieht mit steifen, aber willigen Fingern einen Faden durch das Oberleder. Der Vizeadmiral ist ordnungsgemäß eingetragener Lehrling der Schuhmacherei gepreßt. Jeden Tag fährt er mühsamer Lederkoffer aus seinem Wohn-

ort Baden herein, eine abgeschabte, alte Ledertasche in der Hand, mit einem Stück Brot darin für das Mittagessen, und geht mit müden Beinen in die Herrngasse, durch die er einst im Blumenregen fuhr. Im Takte der Hammerschläge entsteht eine Krone, zehn Kronen, zwanzig — das Frühstück für die Familie ist da.

Seinem Beispiele sind andere Offiziere gefolgt, die von ihren winzigen Pensionen nicht leben und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten sonst auch nicht verwenden konnten. Zum Teufel mit dem Spiritus des geistigen Arbeiters, herein in den Gehorjam gegen die neue Zeit! Man bekam ein kleines Anfangskapital geliehen, man fand einen Meister, der den Unterricht übernahm, man schaffte Leder an, Werkzeuge, niedrige Arbeitshuhe. Und nun arbeiten sie mit Friesen und Leisten.

Totentanz.

„Will das deutsche Volk nicht bloßen, Weib' ich mit dem treuen Boche Mal auf gut französisch sprechen! Rufft ergrimmt der Marschall Hoch. Mit dem langen Schlachtemesser Riff' ich ihm den trägen Wanst. Stirbt er dann — nun um so besser! Also droht der Eisenfresser“

Aber Deutschland tanzt.

Schlesien bleibt uns unverloren, Wenn das Volk sein Urteil spricht! Doch da klingt's an unsre Ohren: Deutsche, traut dem Frieden nicht! An der Grenze steht die Polen, Gut bewaffnet und verschont. Psia kreiß! Wir werden huten Mit Gewalt uns Land und Köpfe!“

Aber Deutschland tanzt.

Hei, wie lust'ig durch alle Weine, Wenn des Hoptrotts Weis' tanz! Keiner hört es, daß vom Rheins Klirrend Tod's Leich schon erkant, Ob auch auf den Berg von Scherben Hoch der Lob sein Banner pflanzt, Ob die Kinder Hungers sterben — Immer lustig ins Verderben! Deutschland tanzt!

Wester: Michel

A. Warnstorff, der Restor der Roosforscher, starb am 28. Februar in Berlin-Friedenau im 83. Lebensjahre. Ehemalig Rittschullehrer in Neuruppin, brachte er es aus eigenem Antrieb schon vor mehr als einem Menschenalter zu einer eingehenden Kenntnis des Lebens und der Formen der Roofs, jener viel zu wenig beachteten Pflanzengruppe, die sich durch einen erstaunlichen und

essenden Reichtum an Gestalten, mikroskopischen Einzelheiten und durch eigenartigen Generationsumschlag auszeichnen. Besonders auf dem Gebiete der Larvenwelt, die absterbend den Hauptbestandteil des Larven bilden, hat Warnstorff bahnbrechend gewirkt und sehr bald internationalen Ruf erlangt. Seine Bearbeitung der Roofs in der vom Botanischen Verein der Mark Brandenburg herausgegebenen „Kryptogamenflora der Mark Brandenburg“ ist das Ergebnis einer Unmenge von Arbeit und ein Meisterwerk. Ein sehr großer Teil der lebenden Roosforscher verbannt Warnstorff die Grundlage ihres Wissens.

Wohlt die Tuberkulose-Sterblichkeit zurück? Prof. B. Möllers, vom Reichsgesundheitsamt, veröffentlichte kürzlich die Mitteilung, daß nach dem amtlichen Ergebnis der Todesursachenstatistik in den deutschen Orten mit 15 000 und mehr Einwohnern die Tuberkulose-Sterblichkeit in Deutschland wieder abnimmt. Ihm tritt jetzt Dr. Wolff-Eisner an Hand der Erfahrungen der ärztlichen Praxis in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ entgegen. Er hat nicht den Eindruck, als ob die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen und die Gefährlichkeit ihres Verlaufes abnimmt, und macht auf eine Reihe von Fehlerquellen der amtlichen Statistik aufmerksam. Demgegenüber hält Möllers an seinem Ergebnis fest. Aber auch er betont, daß es zur Abwendung der großen Gefahr, die eine andauernde Zunahme der Tuberkulose-Erkrankungen für unsere Volksgesundheit bedeuten würde, ferner der größten Anstrengungen bedarf. Noch immer bedroht die Tuberkulose alle Schichten des deutschen Volkes in solchem Maße, daß kein Anlaß zu einem hoffnungsvollen Ausblick in die nächste Zukunft möglich ist.

Die Kulturabgabe in der Tschechoslowakei. Die Kulturabgabe, über die jetzt ein vom Reichswirtschaftsrat eingesetzter Ausschuss verhandelt, wird in der Tschechoslowakei gleichfalls durchgeführt. Ein neues Urheberrechtsgesetz verlängert die Schutzfrist von 30 auf 50 Jahre auch bei ungenommen und pseudonymen Werken. Die künstlerischen Urheberrechte werden aber nach Ablauf der Schutzfrist nicht frei, sondern gehen in das Eigentum des Staates über. Er führt alle Einkünfte daraus einem Fonds für Literatur und Kunst zu und benutzt sie weiter zur Unterstützung bedürftiger Schriftsteller und Künstler.

Die Kulturabgabe in der Tschechoslowakei. Die Kulturabgabe, über die jetzt ein vom Reichswirtschaftsrat eingesetzter Ausschuss verhandelt, wird in der Tschechoslowakei gleichfalls durchgeführt. Ein neues Urheberrechtsgesetz verlängert die Schutzfrist von 30 auf 50 Jahre auch bei ungenommen und pseudonymen Werken. Die künstlerischen Urheberrechte werden aber nach Ablauf der Schutzfrist nicht frei, sondern gehen in das Eigentum des Staates über. Er führt alle Einkünfte daraus einem Fonds für Literatur und Kunst zu und benutzt sie weiter zur Unterstützung bedürftiger Schriftsteller und Künstler.

Als neue Mitglieder der Berliner Musikakademie wurden in der Session für die bildenden Künste gewählt: der Maler Paul Wollast in Berlin, die Architekten Alfred Bräuer in Berlin, Josef Hoffmann in Wien; in der Session für Kunst Jan Sibelius in Helsinki.

Ministerabdrückungen. Sonntag, 6. März, 9½ Uhr, finden Abdrückungen durch Direktorabenteur im Museum für Völkerverständigung (Abteilung), im Neuen Museum (Kupferstichkabinett) und im Kaiser-Friedrich-Museum (Nationalgalerie) statt. — Eintrittskarten 1 M.

Das entkommene Mitternachtsstättchen wird vorant- sichtlich in einer neuen Form als Preisbrotchen dem Schicksal verfallen, Operettenhans zu werden.

Berliner Hochseefischerei.

Die Verstadtlichung des Anschlagwesens.

Die vom Magistrat beantragte Verstadtlichung des Anschlagwesens wurde gestern von der Stadtverordnetenversammlung nach dem Vorschlag des Ausschusses beschlossen. Die Gegner der Verstadtlichung gewerblicher Betriebe machten den Versuch, die Übernahme des Anschlagwesens in Eigenbetrieb wieder noch hinauszuschieben oder womöglich nochmals zu hintertreiben. Den Vertrag mit Raud u. Hartmann einseitig auf weitere sechs Monate zu verlängern, rief die Deutsche Volkspartei, während die Demokraten das Anschlagwesen von dieser Firma im Auftrage der Stadt gegen einen der Firma zustehenden Gewinnanteil weiterbetreiben lassen wollten. Die sich harmlos gebenden Vorschläge wurden von den Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten als Randver der Verstadtlichungsgegner in ihrer Tragweite erkannt und abgelehnt. Für die Verstadtlichung stimmten mit diesen drei Fraktionen auch die Deutschnationalen.

Sitzungsbericht.

Die vom Magistrat durch Vorlage vom 18. Januar beantragte Hebernahme einer anteiligen Bürgerschaft zu Darlehen bis zu 30 Millionen Mark für die „Gemeinnützige Hochseefischerei-Gesellschaft Groß-Berlin, G. m. b. H., in Westermünde“ ist in der Ausschussberatung abgelehnt worden. Heute liegt ein Antrag der drei sozialistischen Fraktionen vor, der dahin geht, die Vorlage anzunehmen, wenn die Stadtgemeinde für den Restanteil von 25 Prozent durch Bürgerschaft aufkommt; ferner soll der Aufsichtsrat um 2 Aufsichtsratsmitglieder aus der Versammlung vermehrt werden.

Ein ausführliches Referat erstattet John (U. Soz.); sehr eingehend behandelt Stadtrat Wege den Gegenstand. Am meisten Anstoß hat die unerbittliche Mäßigkeit

Kostspielige Herstellung der vier neuen Dampfer

erregt, die je 5,1 Millionen Mark kosten sollen, während die 8 vom Reich angekauften alten Dampfer zusammen nur 11 Millionen kosten würden. Die Rentabilität wird bezweifelt. Der Magistratsvertreter hält für unannehmlich, daß die Gesellschaft, die in den Kriegsjahren Berlin schnell mit frischen Seefischen versorgt hat, mangels der Bürgerschaft in Konkurs gehen muß, da die Dampfer mit 30 Millionen bezahlt werden müssen. Berlin müsse, da 4 Millionen vorhanden seien, noch 26 Millionen garantieren oder bar hergeben. — Die Redner der Rechten wollen es als Vertreter des freien Handels durchaus der Gesellschaft überlassen, wie sie sich herauszieht; besser gebe Berlin die bereits gepferzten 3 Millionen preis, als daß es noch 26 hinauswerfe. — Danziger (U. Soz.) befürwortet den Antrag der Linken. Die Gesellschaft habe ja schon gewirtschaftet, die Subvention der Regierung habe Schule gemacht. Berlin sei indessen engagiert. Die bestellten Dampfer müßten abgenommen, dann aber alsbald verkauft werden; nur unter dieser Bedingung sei die Garantie zu übernehmen. — Dr. Steiniger (Dnat.): Das Prestige Berlins wird von den Mißgriffen der G. m. b. H. nicht berührt; jedenfalls liegt kein Grund vor, aus solchen Prestigebedenken die Bürgerschaft zu übernehmen. Die Bedürfnisfrage ist nicht geklärt. — Dör (Komm.) steht in der Garantie den einzigen Ausweg, um Berlin vor einer ähnlichen Bewucherung auf dem Fischmarkt zu bewahren, wie sie jetzt auf dem Fleischmarkt durch die Landwirte erfolge. — Auch Ewald (Soz.) tritt für den Antrag ein.

Der Antrag Danziger wird gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen; er ist inzwischen dahin modifiziert worden, daß Berlin für 26, Seestemünde für 4 Millionen bürgen soll. Die Vorlage wegen

Übernahme des Anschlagwesens der Stadt Berlin

in eigenem Betrieb und wegen Ankaufs der Druckerei Raud u. Hartmann hat dadurch ein anderes Gesicht erhalten, daß die von der Firma geforderte Frist verstrich, weil der betreffende Ausschuß in der Wahlwoche nicht getagt hat. Die Firma hat darauf erklärt, sie verkaufe die Druckerei überhaupt nicht, sondern stelle anheim, das Anschlagwesen ihr für Rechnung der Stadt zu übertragen. Auf eine solche Kommunalisierung konnte man sich, wie der Referent Koch (Dnat.) ausführte, nicht einlassen. Eventuell erfolgen also in Berlin vom

1. April ab, wo der Vertrag abläuft, keine Anschläge mehr. Der Ausschuß beantragt, keine Neuverpachtung eintreten zu lassen, sondern von heute ab bis 31. März das Anschlagwesen in eigene Regie zu übernehmen und bis zum 1. April eine Neuordnung eintreten zu lassen.

Hach (Soz.): Auch hier haben wir es mit dem Widerstand der bürgerlichen Parteien zu tun. Der jahrzehntelange Kampf um die Kommunalisierung ist heute im Prinzip zugunsten ihrer Freunde erledigt. In Zeiten allgemeiner Finanznot haben privatkapitalistische Interessen zurückzutreten. Hier ist Gelegenheit, das 400-Millionen-Defizit der Stadt zu verringern. Die Publikationseinrichtungen sollten also von der Stadt übernommen werden; ein großes Risiko liegt nicht vor, große Betriebsmittel sind nicht erforderlich. Eventuell hat sich die Stadt

eine eigene Druckerei

zugewogen. Daß die Ausschussführung in der Wahlwoche ausfiel, ist eventuell die Schuld des Herrn Koch.

Rerten (Dem.): Den Ausschuß trifft kein Vorwurf, eher den Magistrat, der neue Verhandlungen hätte eröffnen können. Aus sehr naheliegenden Gründen bezieht man sich nicht auf die Erfahrungen, die Neutänke mit seinem städtischen Anschlagwesen gemacht hat. Wir sind grundsätzliche Gegner dieses Kommunalisierungsplans, der unzweifelhaft die private Initiative beeinträchtigen wird, während der finanzielle Erfolg für den Stadtkäsele mehr als ungewiß ist. — Martin (D. Sp.) befürwortet neue Verhandlungen mit der Firma. — Reid (U. Soz.) erklärt den Versuch, Herrn Koch zum Berichterstatter zu bestellen, für mißglückt, er habe nicht nur nicht einen objektiven Bericht gegeben, sondern auch die Ausschussvorschlüsse lächerlich gemacht. Den Antrag Martin lehnt Redner ab, da er nur darauf hinauslaufe, für das gemischtwirtschaftliche System Stimmung zu machen. Das Anschlagwesen in städtischen Händen werden in Verbindung mit einer städtischen Plakodruckerei durchaus lukrativ sein. Der Magistrat müsse mit Hochdruck arbeiten, damit die 4 Wochen von heute ab für die Beschaffung einer Druckerei auch voll ausgenutzt werden. — Irrgang (Komm.) findet die Argumentation der Gegner widerspruchsvoll und kann den Verdacht, daß Koch absichtlich den

Druckereiankauf sabotiert

habe, nicht unterdrücken. Die Kommunisten verlangen, daß ganze Arbeit gemacht wird; die Errichtung einer städtischen Druckerei bietet kein Hindernis; man braucht nur die Neutänke Druckerei auszubauen. — Im Schlußwort weist Koch die Zensur, die ihm der neue Bürgermeister des Wedding erteilt habe, entrichtet zurück. Dem Kollegen Wolf Hoffmann, der ihn wiederholt durch Zwischenrufe unterbrochen hat, stellt er das Prognostikon, daß er noch einmal einsam als Säulenheilige auf einer Pfähle säute über verlassene Herlichkeit trauern wird. (Stürmische Heiterkeit.) W. Hoffmann erwidert ihm mit dem Wort: Ich danke Dir, daß ich nicht bin wie dieser.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, mit den Vätern über ein Provisorium von 6 Monaten zu verhandeln, wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Demokraten, erneut Verhandlungen mit der Firma auf Grund ihres neuerlichen Angebots zu führen. Angenommen wird der Ausschussantrag mit dem Antrage der U. Soz., den Magistrat zu erlauben, alle Vorbereitungen zur Errichtung einer eigenen Druckerei zu treffen und der Versammlung eine Vorlage zu machen.

Hierauf nimmt die Versammlung

die neue Grundsteuerordnung

in Beratung. Referent Paul Hirsch (Soz.): Die Gemeindegrundsteuer soll nach einem jährlich festzustellenden Satz vom Tausend des gemeinen Werts veranlagt werden, und zwar getrennt für bebauten und unbebauten Grundstücke; für letztere muß der Satz mindestens 50 Prozent und darf höchstens 100 Prozent höher sein als für bebauten.

Die Vorlage wird nach den Ausschussanträgen angenommen. Die vom Magistrat vorgeschlagene Erhöhung der Bäderpreise in den städtischen Volksbädern (Schwimmbad für Erwachsene 1,50 M., für Kinder 1 M., Wannabad 2 M., Brausebad 30 Pf.) wird nach kurzer Erörterung angenommen.

Zur Milchverbilligung für die Berliner Bevölkerung werden weitere 350 000 M. bewilligt.

Mit dem vor dem Schlichtungsausschuss abgeschlossenen Vergleich über Besoldungs- und Anstellungsbedingungen der privatrechtlich (meritologisch) vollbeschäftigten Beamtinnen der Hoch- und Fortbildungsschulen erklärt sich die Versammlung einverstanden. Schluß: 10 Uhr.

Soll Groß-Berlin sabotiert werden?

Die Bezirksämter sind nunmehr in allen Verwaltungsbezirken der Stadtgemeinde Berlin gebildet, aber obwohl die Wahlen teilweise bereits vor Monatsfrist erfolgt sind, können die Bezirksämter noch nicht in Kraft treten. Die Schuld daran trifft einzig und allein den Oberpräsidenten, der nicht nur das Bestätigungsrecht der Bezirksamtsmitglieder für sich in Anspruch nimmt, sondern auch die Bestätigung ohne jeden ersichtlichen Grund hinausschiebt. Unseres Erachtens bedürfen die Bezirksamtsmitglieder der überhaupt keiner Bestätigung. Zwar sagt § 24 des Gesetzes, daß auf die Mitglieder des Bezirksamts die für die Magistratsmitglieder geltenden Bestimmungen Anwendung finden, aber es heißt ausdrücklich „soweit sich nicht aus diesem Gesetz etwas anderes ergibt“. Da nun § 23 Abs. 3 in seiner ursprünglichen Fassung bestimmte, daß bei der erstmaligen Bestellung der Mitglieder des Bezirksamts der Vorsitzende und sein Stellvertreter vom Magistrat ernannt werden, so ergibt sich schließlich, daß der Gesetzgeber nicht daran gedacht hat, die Vorschrift über die Bestätigung der Magistratsmitglieder auf die Bezirksamtsmitglieder auszuweiten. An dieser Tatsache ändert auch nichts der Umstand, daß § 23 Abs. 3 durch die Novelle vom 7. Oktober 1920 gestrichen ist. Denn die auf Betreiben der bürgerlichen Parteien der Landesversammlung erfolgte Streichung hatte bekanntlich nur den Zweck, dem in seiner Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehenden Magistrat das Recht der Bestellung der Vorsitzenden der Bezirksämter zu nehmen.

Wenn nun aber der Oberpräsident schon das Recht der Bestätigung in Anspruch nimmt, so hat er die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, schnelle Arbeit zu leisten. Sonst erweckt er den Verdacht, daß er aus politischen Gründen die Bestätigung absichtlich hinausschiebt. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß die bürgerliche Reaktion Morgenluft mittert und von dem neuen Landtage eine Aenderung des Gesetzes erwartet. Natürlich ist es dem Landtage unbenommen, solche Gesetze zu schaffen oder abzuändern, wie er will, aber der oberste Beamte der Provinz hat sich nach den bestehenden Gesetzen und nicht nach den in Zukunft vielleicht geltenden zu richten. Die Wahlen sind vorgenommen. Ueber das Ergebnis mag man denken, wie man will, der einzelne Bürger mag seiner Unzufriedenheit darüber Ausdruck geben, aber die Aufsichtsbehörde darf auch nicht den Schein erwecken, als ob es ihr um die Korrektur des Resultats zu tun ist. Das können wir doch unmöglich annehmen, daß der Oberpräsident etwa damit rechnet, daß das Oberverwaltungsgericht die Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt und daß dann die vielleicht anders zusammengesetzten Bezirksversammlungen andere Wahlen vornehmen. Ueber diesen Verdacht müßte in der heutigen Zeit jeder Beamte erhaben sein. Um so mehr sollte der Oberpräsident im Interesse seines eigenen Ansehens sich davor hüten, in einem solchen Verdacht zu kommen.

Durch die Verzögerung der Bestätigung erwächst der Stadtgemeinde ein gewaltiger Schaden. Es sei nur daran erinnert, daß die städtischen Körperschaften nicht einmal imstande sind, den Etat für 1921 zu verabschieden, denn nach § 25 des Gesetzes hat der Magistrat vor der Beschlußfassung über den Haushaltsplan die Vorsitzenden der Bezirksämter in gemeinsamer Beratung zu hören. Wie soll er das tun, wenn die Vorsitzenden der Bezirksämter überhaupt noch nicht in Tätigkeit getreten sind? Glaubt der Oberpräsident etwa, die Stadtverordnetenversammlung würde die Beratung des Etats in Angriff nehmen, wenn diese gesetzliche Vorbedingung nicht erfüllt ist?

Auch sonst wird durch das Verhalten des Oberpräsidenten die geordnete Verwaltung einfach unmöglich gemacht. Diejenigen, die Groß-Berlin sabotieren wollen, werden ihre helle Freude an dieser unfreiwilligen Hilfe haben. Wer dagegen will, daß das neue Gebilde endlich arbeitsfähig wird, der muß auf das entschiedenste die sofortige Bestätigung verlangen. Kann sich der Oberpräsident dazu nicht entschließen, so erwarten wir von dem

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Regé.

Wenn man den großen Klaus lobte, konnte Lars Peter nicht widerstehen, und das Ende vom Liede war, daß er sich schließlich mit neunzig Kronen zufrieden gab. Einen Blimstengel bekam er als Zugabe. „Sie ist aus der billigen Kiste. Mit dem Anzünden warten Sie also wohl, bis Sie draußen vor dem Tor sind“, sagte der alte Gauner frech. „Kommen Sie bald wieder!“

Danke schön! Das würde eine Weile dauern, bis er wiederkam — so ein Räubergesindel! Er erkundigte sich nach dem Wege nach einer Gastwirtschaft in der Westergade, in der die Leute aus seiner Gegend einzutreten pflegten, und spannte dort aus.

Der Hof war voller Wagen. Bauern gingen im aufgedrängten Pelz umher, die Pfeife baumelte zwischen den Zähnen herab; sie stopften Waren in die Magazine, während angespannt wurde. Hier und dort schlenderte zwischen den Wagen ein eigentümlicher Schlag von Leuten einher, Männer mit breiten goldnen Ketten überm Bauch und mit zusammengetrissnen Augen. Einer von ihnen kam zu Lars Peter hin und grüßte. „Hast du heut'abend was vor?“ fragte er. „Wir sind ein kleiner Kreis — lauter ehemalige Bauern — und möchten einen gemüthlichen Abend verleben. Uns fehlt noch ein Mitspieler.“ Er nahm ein Spiel Karten aus der Brusttasche hervor und ließ es durch die Finger blättern.

Rein, Lars Peter hatte keine Zeit — vielen Dank! „Was sind das für Leute?“ fragte er den Hoffnecht.

„Sie helfen den Bauern sich in der Stadt zurechtfinden, wenn's dunkel ist,“ erwiderte der Knecht lachend.

„Werden sie dafür bezahlt?“ Lars Peter sah nachdenklich drein.

„Ja — und manchmal gehörig. Aber dann sorgen sie auch für Vergnügen, Nachtlöglis und alles. Und sogar eine Frau haben sie für dich, wenn's sein soll.“

„Na, mag es sein, wie's will. Wenn sie einem nur helfen könnten, die eigne Frau zu finden.“

„Ich glaube nicht, daß sie sich damit abgeben. Aber versuchen kannst du's ja.“

Rein, dafür war Lars Peter nicht zu haben; dergleichen

Leute mußte man sich vom Halbe halten, das mußte er. Er schaffte im Wagen ein wenig Ordnung und schlenderte dann in die Stadt hinaus. Auf dem Hausersplatz hatte einer seiner Jugendfreunde eine Aneipe — den wollte er aussuchen. Vielleicht konnte der ihm einen kleinen Bink geben, wie die Sache angepaßt werden mußte.

Die Straßenlaternen wurden gerade angezündet, obwohl es noch lange nicht dunkel war; hier sparte man nicht. In seinen schweren Stiefeln schritt Lars Peter drohend dem Frue-Platz zu und schaute sich die Häuser an. Der gebückte Niels, dessen Hut und Mantel in allen möglichen weissen Farben schillerten, war wie ein Stück wandernden Bauernlands; wenn er seine Stimme erhob, um nach dem Wege zu fragen, hallte es in der Straße wider, obwohl er sich Nähe gab, seine Stimme zu dämpfen. Die Leute blieben lachend stehen. Dann lachte er zurück und sagte im Scherz irgend etwas, das gegen seinen Willen zwischen den Häuserreihen wie ein Gewitter klang. Nach und nach sammelten sich in seinem Kleiwasser eine Anzahl Kinder und junge Leute. Er nahm es mit guter Laune hin, daß sie ihm nachriefen; aber ganz sicher fühlte er sich trotzdem erst, als er vor der Tür der Kellertneipe stand und sich mit seinem großen roten Taschentuch den Schweiß von der Stirn wuschte.

„Guten Tag, Hans Mattisen!“ rief er in die dunkle Kellertneipe hinein. „Kennst du deinen alten Kameraden noch, was?“ Die Freude darüber, daß er endlich am Ziel angelangt war, machte seine Stimme noch üppiger, als sie ohnehin war; unter der niedrigen Decke war schlecht Platz für sie.

„Immer lachte, immer lachte!“ erschall eine gemüthliche Stimme vom Schenktisch her. „Wollen erst mal Licht anzünden.“

Als das Gas brannte, stellte es sich heraus, daß die beiden einander gar nicht kannten. Hans Mattisen hatte den Ausschank vor mehreren Jahren verkauft. „Aber darüber brauchst du nicht zu weinen!“ sagte der Wirt — „seh dich hin!“

Lars Peter nahm Platz auf der Bank, ein Fleischgericht und eine kleine Karaffe wurden ihm vorgelegt, und er war mit dem Dasein recht zufrieden.

Der Wirt war ein mörderlich freundlicher, gemüthlicher Mann, Lars Peter unterhielt sich ausgezeichnet mit ihm. Und ehe Lars Peter sich's versah, hatte er sich und seine Geschichte ausgeliefert. Na, man war ja auch dazu hergekommen, um sich einen Bink geben zu lassen, und ganz verkehrt war er nun also doch nicht gegangen.

„Ist das alles?“ sagte der Wirt. „Das bißchen werden wir schon in Ordnung bringen. Wir brauchen bloß den Kapellmeister holen zu lassen.“

„Was ist das für ein Bursche?“ fragte Lars Peter.

„Der Kapellmeister? — das ist der durchtriebenste Kerl von der Welt; es gibt keine Nummer, die der nicht dirigiert. Aber er ist kolossal originell — etwas ganz für sich, weißt du. So kann er zum Beispiel Hunde nicht leiden, das kommt daher, weil ihn ein Postzeihund mal für einen ganz gemüthlichen Dieb gehalten hat. Das kann er nie vergessen. Wenn er also fragt, mußt du bloß sagen, Hunde seien ein verfluchtes Pack unter den Tieren — ungefähr ebenso ekelhaft wie Schulleute. Die kann er nämlich auch nicht ausstehen. — Ach, Kattrine, rief er in die Küche hinaus, „nimm die Beine in die Hand und lauf den Kapellmeister holen! — Und dann mußt du ihn tüchtig vollpumpen; denn den Kapellmeister muß man erst austauen lassen, wenn man Freude an ihm erleben will.“

„Daran soll's nicht fehlen,“ sagte Lars Peter großartig und legte ein Zehnkronenstück auf den Tisch; der Wirt steckte es zu sich. „So ist's recht, Kamerad — das macht den besten Eindruck,“ sagte er anerkennend. „Dann sorge ich für die Getränke ganz im stillen. Du hast Lebensart, das muß man sagen — deine Brieftasche ist wohl in Ordnung?“

„Ach habe nicht ganz hundert Kronen bei mir,“ erwiderte Lars Peter, besorgt, daß es nicht reichen werde.

„Du sollst deine Frau zu sehen bekommen!“ rief der Wirt und schlug mit der Faust in die des Lars Peter ein. „So wahr ich dein Kamerad bin, du sollst deine Frau sehen! Vielleicht wirft du heut' nacht in ihren Armen schlafen. Was sagst du dazu, Alter?“ Er legte den Arm um seine Schulter und rüttelte ihn gemüthlich.

Lars Peter lachte gerührt — das Wasser trat ihm in die Augen. Er war etwas betäubt von der Stubenwärme und dem Schnaps.

Ein großer, hagerer Herr kam in den Keller herabgestiegen. Er trug einen schwarzen Gehrock, doch weder eine Weste noch einen Kragen — vielleicht weil man ihn zu häufig geholt hatte. Aber eine Brille hatte er auf der Nase, und er sah überhaupt danach aus, als verstünde er seine Sache. Er erinnerte an irgend etwas Ansehliches, vielleicht einen Kunstreuer oder Fauberkünstler auf einem Jahrmart. Seine Stimme war denn auch sehr laut und rau, und er hatte einen gewaltigen Kehlkopf. (Fortf. folgt.)

Minister des Innern als seinem Vorgesetzten, daß er seinerseits mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für Abhilfe sorgt. Das ist er dem Ansehen der Regierung schuldig.

Lindenhof.

Das Ergebnis der Untersuchungen.

Die vom Magistrat veranlaßte Untersuchung über die Maßnahmen des Direktors Dr. Wüller im Städtischen Erziehungsheim „Lindenhof“ ist beendet und hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Die Untersuchungskommission hat folgendes festgestellt, daß Direktor Dr. Wüller im „Lindenhof“ zum Teil Maßnahmen getroffen oder zugelassen hat, die mit Rücksicht auf die besondere Erziehungsbedürftigkeit der zahlreichen Jugendlichen im „Lindenhof“ als bedenklich und die Entwicklung der Jugendlichen in mancher Hinsicht gefährdend angesehen werden müssen. Durch diese Maßnahmen und mehr noch durch eine gewisse persönliche Ungewandtheit Direktor Dr. Wüllers im Verkehr mit Erwachsenen hatten sich die Beziehungen zwischen ihm und einem Teil der älteren Erzieher und Meister im Laufe der Zeit berichtigt, daß eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich erschien. Die Ergebnisse der Untersuchung liegen atmenmäßig im einzelnen vor. Hierbei muß auf der anderen Seite zugunsten Direktor Dr. Wüllers darauf hingewiesen werden, daß er sich in seiner dreieinhalbjährigen Tätigkeit im „Lindenhof“ unbefristete Verdienste um den Ausbau und die Geltung der Berliner Fürsorgeerziehung erworben hat, sowie ferner auch darauf, daß es möglicherweise besser gewesen wäre, wenn von der Verwallung auf die Abstellung der aufgetretenen Uebelstände hingewirkt worden wäre, ehe sich unüberbrückbare Schwierigkeiten daraus entwickelt hätten.

Direktor Dr. Wüller hat seine Stellung zum 31. März d. J. gekündigt. Nach dem vorstehend Gesagten bestand für den Magistrat keine Veranlassung, diesem Entlassungsantrage nicht zu entsprechen. Die Deputation für Jugendwohlfahrt ist zurzeit mit der Vorbereitung der möglichst baldigen Wahl eines Nachfolgers beschäftigt.

Der flüchtige Spitzelmörder.

Nach der Feststellung, daß als Mörder des polnisch-russischen „Agenten“ Rosenblum in der Petersburger Straße Laum ein anderer als der aus Gegenstich kommene Josef Suchwalter in Betracht kommen kann, durchsuchten gestern zahlreiche Kriminalbeamte alle Wälder und Schlupfwinkel, in denen Leute von der Art des Suchwälder zu verkehren pflegen. Suchwald wurde nirgends gefunden. Es besteht jetzt kein Zweifel mehr, daß er Berlin verlassen hat. In seiner Ermittlung wurden sofort alle erdenklichen Maßnahmen getroffen. Insbesondere wurden auch die Behörden des Ruhrgebiets auf ihn aufmerksam gemacht, weil die Vermutung besteht, daß er sich dortin gewandt habe. Bildhilder des flüchtigen wurden allen Polizeistellen übermittelt. Der flüchtige ist 26 Jahre alt und 1,63 Meter groß, sieht jüdisch aus und hat ein hartes Gesicht. Sein langes schwarzes Haar trug er früher nach hinten zurückgelammt. In der letzten Zeit verlor er, es in der Mitte zu scheitern. Unter Hinweis auf die Belohnung von 3000 M. werden alle, die zur Ermittlung des Verfolgten beitragen können, ersucht, sich bei den Kriminalkommissaren Corie und Dr. Schuppe im Zimmer 51a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Bierähnliche Getränke steuerfrei.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen mit dem Antrag, folgendem Gemeindefestbeschluss zugestimmen: Die „Biersteuerordnung der Stadtgemeinde Berlin“ vom 22. Januar 1921 ist vom Oberpräsidenten mit der Maßnahme genehmigt, daß die Besteuerung der bierähnlichen Getränke fortfällt. Dieser Maßgabe stimmt der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zu, so daß die Besteuerung der bierähnlichen Getränke fortfällt. Die Befreiung bezieht sich auf die Präsidenten des Landesfinanzamtes Groß-Berlin Einwendungen gegen die Biersteuerordnung vom 22. Januar 1921 nicht geltend macht, nachdem die reichsrechtlich unzulässige Besteuerung der bierähnlichen Getränke ausgeschlossen ist. Zu steuerpflichtigen Bierern werden in der Steuerordnung nur solche Getränke gerechnet, zu deren Herstellung Malz- oder Malzauszüge mitverwendet sind.

Die letzte Bezirksamtswahl

Wird am Sonnabend von der Bezirksverordnetenversammlung des Verwaltungsbezirks 9 (Wilmerdor, Schmaragd, Grünwald) vorgenommen werden. Der Wahlausgang wird in nicht öffentlicher Sitzung Bericht erhalten; in öffentlicher Sitzung soll zunächst über die Zusammenfassung des Bezirksamts, d. h. die Schaffung von Postfachdistrikten Beschluß gefaßt werden. Als Bezirksbürgermeister kommen der Charlottenburger Stadtrat Augustin, als Stellvertreter der Wilmerdorfer Magistratsrat Dr. Franke, als Bezirksrat der Wilmerdorfer Stadtkommissar Spanier in Frage.

Franz Diederich.

Unser dahingegangener Kollege wird morgen, Sonnabend, in der vierten Nachmittagsstunde auf dem Bahnhofsplatz Stahnsdorf-Güterhof bei Wannsee der Mutter Erde übergeben.

Gegen die Errichtung eines Zentral-Gewerbe- und Kaufmannsgerichts

Mit dem Siege in Berlin nahm eine Sitzung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen sämtlicher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte der Berliner Vororte im Charlottenburger Rathaus Stellung. Es wurde eine Eingabe an den Magistrat Berlin beschlossen, worin dieser ersucht wird, von einer Zentralisierung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Hinblick auf das kommende Arbeitsgerichtsgesetz Abstand zu nehmen, weil der damit verbundene große Aufwand an Kosten und Arbeit als nutzlos angesehen werde. Ebenso land ein Antrag Annahme, bei den zuständigen Reichsministerien vorzulegen zu werden, die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte bis zur Errichtung der Arbeitsgerichte, die eine völlige Umorganisation bzw. Auflösung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte mit sich bringt, bestehen zu lassen.

Die Bezirksverordnetenversammlung des IV. Bezirks (Brenzlauer Tor) beschäftigte sich mit einem längeren Antrag der Deutschen Volkspartei, den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, die Erwerbslosenfürsorge auf völlig anderer Grundlage aufzubauen. Als Grundsatz wurde betont: „Kein Beitrag ist zu veranlassen, ohne daß eine Gegenleistung in Arbeit erfolgt und Wertobjekte geschaffen werden.“ Zur Durchführung soll die Stadt Berlin in der näheren Umgebung sowie Land parzellen, daß etwa ein Drittel der Arbeitslosen an vier Tagen der Woche mit Sonderarbeit und Gemüsebau beschäftigt werden kann. Das zweite Drittel der Arbeitslosen wäre mit der Umpflasterung der Straßen und Instandsetzung der öffentlichen Anlagen und Plätze zu beschäftigen. Das letzte Drittel solle Einzelhäuser, wie sie der frühere Hauptmann Schumde ausführt, bauen. Endlich solle eine Hilfsberufskommission sich dauernd mit der Rastage der Arbeitslosen befassen und allmonatlich Bericht erstatten. Die Kommunisten beantragten die Selbstenheit, um wieder sehr weitreichende Forderungen, wie sofortige Zahlung von 600 M. an jeder Arbeitslosen, zu beantragen. Der Redner der S.P.D., Genosse Kreuzhager, legte eingehend dar, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei technisch nicht durchführbar ist und daß beide Anträge, auch der der Kommunisten, nur aus agitatorischen Gründen gestellt sind. Die Redner der U.S.P. und der Demokraten stimmten diesen Ausführungen zu. Beide Anträge wurden abgelehnt unter der ausdrücklichen Feststellung, daß die

Die Plädoyers im Kommunistenprozess

Kassel, 3. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zu Beginn der heutigen Verhandlung bittet Rechtsanwalt Wolff nochmals in die Beweisnahme zu treten. Mit Rücksicht auf die Bedeutung, die die Staatsanwaltschaft dem Außerstrache zumißt, sei es nötig nachzuweisen, daß er Spitzel sei. Der anwesende kommunistische Landtagsabgeordnete Schönbeck könne bezeugen, daß Außerstrache von der Partei vor der Ladung als Zeuge eine reine Unterstützung für seine Familie, nämlich 500 M. erhalten habe, weil er angab, in Not zu sein. Das Gericht beschließt die Vernehmung.

Abgeordneter Schönbeck, Parteisekretär der K.P.D. in Offen, sagt unter Eid aus, er habe festgestellt, daß Außerstrache die 500 M. schon in den ersten Tagen des Februar von dem mit ihm befreundeten Postkassierer erhalten habe, weil er angab, mit seiner Familie in Not zu sein. Von der Partei habe er im ganzen etwa 200 bis 300 M. als Auslosgenerstattung erhalten. Das Parteimitglied des Vorsitzenden der K.P.D. Lunen habe ehrenamtlich verwalltet. Zeuge habe weiter festgestellt, daß Außerstrache im Dezember nur etwa 4 Schichten gearbeitet habe. Woher er also Geldmittel haben soll, ist nicht klar. Im Kriege war er oft in Holland, besonders aber in Scheveningen, wo sich damals

eine deutsche Spitzelzentrale

befand, und in der letzten Zeit war er oft in jenem Münster, in dem die Orgesch-Spitzelzentrale ist. Es wird vielleicht auf sein, darüber nachzuforschen.

Rechtsanwalt Sefel beginnt mit seinem Plädoyer. Der Staatsanwalt habe über die Angeklagten 19 Minuten gesprochen, die übrige lange Zeit über die nicht existierende Rote Armee und über die K.P.D. Der Staatsanwalt hat den Mut gefunden, die K.P.D. als ehrlos zu brandmarken. Wir sind das allerdings gewohnt, denn es hat seinerzeit ein Mann

die ganze Sozialdemokratie als minderwertig

bezeichnet. Diese Auffassung ist ihm sehr schlecht bekommen; er kann jetzt im Ausland darüber nachdenken. Vorsitzender: Wer ist das? Dr. Sefel: Der frühere deutsche Kaiser. Der Kronzeuge Außerstrache ist wie ich mit Erstunnen gehört habe, aus der Haft entlassen. Vorsitzender (unterbrechend): Außerstrache ist aus rein menschlichen Gründen auf drei Tage beurlaubt worden, denn es wird heute seine Schwiegermutter beerdigt. Sefel äußert Zweifel über die Richtigkeit dessen, was Frau Außerstrache über das Verhältnis ihres Gatten zu ihrer Mutter ausgelegt hat. Außerstrache hat in Wahrheit mit seiner Schwiegermutter so schlecht gelebt, wie man überhaupt mit seinen Schwiegereltern leben kann. Außerstrache ist sehr milde behandelt worden. Ich erinnere auch daran, daß Außerstrache trotz des strengen Verbotes des Vorsitzenden und seiner Überwachung im Untersuchungsgefängnis zur Zelle des Angeklagten Harbich schleichen konnte. Vors.: Ich habe darüber bereits dem Generalsstaatsanwalt Meldung gemacht. Der Verteidiger verneint jedoch die Glaubwürdigkeit des Zeugen Außerstrache und

geeigneten Maßnahmen durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen sind. Ähnlich wurden zwei weitere Anträge der Kommunisten, weil durch die Verhältnisse überholt, erledigt. Zum Schluß wurden einige Ausschüsse gewählt und bekanntgegeben, daß das Bezirksamt sich jetzt in den Räumen der Brauerei Pflaßberg befindet.

Feuer im landwirtschaftlichen Laboratorium der Landwirtschaftskammer am Kronprinzengraben 5 alarmierte gestern früh in der fünften Stunde die 4. Kompanie der Berliner Feuerwehr. Beim Eintreffen der Pöschigze brannte dort gegenüber dem Lessing-Theater im Seitenflügel des Laboratoriums im zweiten Stock, wo auch der Brandherd lag. Die Flammen hatten bereits das erste und dritte Stockwerk ergriffen und überall reiche Nahrung gefunden. Der Schaden soll nicht unerheblich sein. Es sind im Laboratorium wer-

Achtung! Genossinnen!

Heute, Freitag, den 4. März, nachmittags 5 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18:

Konferenz der Funktionärinnen

Tagesordnung:

1. Das Ergebnis der Landtagswahlen. Referentin: Gertrud Hanna, W. d. L.
2. Die Londoner Konferenz. Ref.: Marie Juchacz, W. d. R. Mitgliedsbuch legitimiert!

volle Instrumente und Chemikalien vernichtet worden. Die Entdeckung des Feuers konnte nicht aufklärt werden. Da eine Wand total eingedrückt vorgefunden wurde, ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Entzündung von explodierten Chemikalien bzw. eine Explosion vorliegt, es kann aber auch der Brand durch den schadhafte Röhren entstanden sein.

Der Botanische Garten in Dahlem ist Sonntag, den 6. März, von 11 bis 4 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet. Kinder unter 10 Jahren haben auch in Begleitung freien Zutritt. Es wird darauf hingewiesen, daß augenblicklich in den Gewächshäusern die Kamelien in schönster Blüte sind.

Der Nachsprachenabend über den Schmutz-Vortrag, der ursprünglich im Tiergartenhof angesetzt war, findet am 8. März im Romanien-Saal im Wilmersdorfer Str. 11 (am Bismarckplatz), statt. Hauptmann Schmutz und Stadtkommissar Schäfer werden noch einige Lichtbilder zeigen und Auskünfte erteilen.

Das Musik-Konzert zugunsten der Vereinten Verbände beimastriker Oberlehrer, das am Sonntag, den 6. März, mittags 11 Uhr, in der „Stala“ stattfindet, wird einen leichten Ausweg bieten. Sehr beliebte Musikstücke unter Leitung des Armee-Musik-Inspektors Prof. Gramert und der Berliner Kammersängerin (Soprano) Klara werden einen leichten Rahmen an die deutschen Oberlehrer richten. Karten bei A. Wertheim, Logenstraße der „Stala“ und im Saal des Volkstheater, Zimmer 202.

Das Zentral-Institut für Erziehung und Unterricht hat in Aussicht genommen, eine Schulmusikwoche für die Zeit vom 17.-21. Mai zu veranstalten, bei der die wichtigsten Fragen des Schulgesanges und der Schulmusikpflege durch praktische Vorführungen, Vorträge und anschließende Besprechungen behandelt werden sollen. Nähere Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Zentral-Instituts, Berlin S., Potsdamer Str. 120.

Im Lessing-Theater wurde am Dienstag Oskar Wildes „Deiner Gatte“ zum 25. Male gespielt. Die Komödie ist wenig mehr als ein Schmarren, doch man freut sich, sie zu sehen, denn im Mittelpunkt der Begehung steht die Dürre, und sie ist herrlich. Neben ihr laut Odh als „arbeitsloser Poet“ zwergelferschlitzend. Ein beiderer Abend in erster Zeit.

Arbeiter-Kameraden-Kolonnen. Abt. Neuß. Heute, Freitag, 4. März, 12.00 Uhr (Säule): Kurzausbein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Freitag, den 4. März:

7. Ubr. (Schöneberg). 7 1/2 Uhr bei Kolenow, Kolonnenstr., Cafe Hohenfriedberg, erweiterter Vorberhandlung. Funktionäre müssen unbedingt erscheinen.
8. Ubr. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr bei Bernice, Rosenthal, 1. Funktionärsitzung.
9. Ubr. (Ostend). 7 1/2 Uhr, Kauls des Sozialismus, Juppelstr.
10. Ubr. (Ostend). 7 1/2 Uhr, Kauls des Sozialismus, Juppelstr.
11. Ubr. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr, Kauls des Sozialismus, Juppelstr.
12. Ubr. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr, Kauls des Sozialismus, Juppelstr.

sucht das vorhandene Material zugunsten der Angeklagten auszuliegen. Wenn die Angeklagten aus Furcht vor einem neuen Kampfbuch eine Nachrichtenorganisation zu schaffen veruchten, haben sie sich um das Vaterland, um ihre Klasse, um die Menschheit verdient gemacht. Die Angeklagten müssen festgesprochen werden. Die K.P.D. stellt sich hinter die Angeklagten als Mensch. Das läßt sich aber nicht in sich, daß die Partei die Lasten der Angeklagten beantwortet. Ich beklammere die Staatsanwalt hierzu, daß er täglich die „rote Fahne“ liest. Es kann nicht die Rede davon sein, daß Sie einen der Angeklagten ins Zuchthaus schicken. Denn für einen anständigen Menschen steht außer Zweifel, daß die Angeklagten nicht ehrlos gehandelt haben.

Die Antwort des Staatsanwalts.

Ich muß solche Rüstungen, die auf einen Sturz der Regierung hinarbeiten, heute noch als ehrlos bezeichnen, und wenn die K.P.D. erklärt, hinter den Angeklagten zu stehen, so muß ich auch sie als ehrlos brandmarken. Von einem allgemeinen deutschen Standpunkt gedacht, ist das ehrlos. Und wenn der Herr Verteidiger den Rapp-Busch zum Vergleich heranzieht, wie will er beweisen, daß dahinter die Rechtsparteien gestanden haben? (1) Wenn es, was Gott verhüten wolle, wieder zu einem Unternehmen von rechts kommen sollte, dann würde ich mit derselben Schärfe gegen diese Leute vorgehen (2), denn es wäre ein Verbrechen, die friedliche und erfolgreiche Aufbaubarbeit der Rechtsparteien zum Ziele zu machen. Die Angeklagten sind nicht deutsch, sie gehören einer Sektion der Dritten Internationale an; sie sind international und wir sind deutsche Richter und haben danach zu befinden.

Wenn ich im Interesse des Staats für Schroer Zuchthaus verlange, so treue ich damit der Person Schroer nicht nahe. Ich muß als staatsverhaltendes Element meine Pflicht tun und den Staat zu schützen suchen.

Verteidiger Sefel: Der Staatsanwalt scheint vergessen zu haben, daß in der Verordnung nichts von Todesstrafe steht, sondern das sie als Höchstmah nur fünf Jahre für die ärgsten Räubereien vorsieht. Ich verlange Freispruch und im Falle der Beurteilung Haftentlassung. Staatsanwalt: Die Haftentlassung ist nicht möglich, denn es liegt Fluchtverdacht vor.

Die Verhandlung wird auf Freitag vertagt.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Kasseier Kommunistenprozess vom Vertreter der Anklage unter rein politischen Gesichtspunkten beurteilt wurde, so wäre er durch die letzten Ausführungen des Staatsanwalts erbracht. Unsere gestrigen Ausführungen werden durch diese neue Brandrede des Staatsanwalts unterstrichen. Nicht „allgemein deutsche“, sondern parteipolitisch deutsch-nationale Gedankengänge liegen diesem Plädoyer zugrunde.

Angesessenen. Gruppe Bernward: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Koenigs-Platz über: „England, Land und Leute“. Referent: Prof. Reunig. — Gruppe Arbeiter: 7 Uhr im Jugendheim, Albrechtstr. 14, Vortrag über: „Das kommunistische Manifest“. — Gruppe Arbeiter: 7 Uhr in der Schulaula, Postbühl Str. 49, Diskussionsabend.

Morgen, Sonnabend, den 5. März:

12. Ubr. 7 Uhr bei Schwarz, Hakenstraße Str. 10, Vorstandssitzung mit den Ehrenmitgliedern, Bezirksleitern, Betriebsvereinsleitern und Funktionären.
13. Ubr. 7 Uhr bei Dornier, Köhler Str., Funktionärsitzung. Die Ehren der „Vorwärts“-Abteilungen sind mitzubringen.
14. Ubr. 7 Uhr im „Werkzeug-Schloß“, Bernwarder Str., Cafe Wilmersdorfer Straße, wichtige Sitzung der Bezirksleiter, Betriebsvereinsleiter und Ehrenmitglieder.
15. Ubr. 7 Uhr die Funktionärsitzung bei Körner, Schlegelstr. 2, Erdgeschoss aller Funktionäre gemeinsam notwendig.
16. Ubr. 7 Uhr bei Berger, Jagowstr., Cafe Wilmersdorfer Straße, Sitzung der Funktionäre und Betriebsvereinsleiter.
17. Ubr. 7 Uhr bei Joffe, Rolsenstr. 13, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Betriebsvereinsleiter.
18. Ubr. 7 Uhr bei Rapp, Wreder Str. 23, Abrechnung der Wahlen.
19. Ubr. (Charlottenburg). 7 1/2 Uhr bei Siegel, Kaiser-Friedrich-Str. 14, Vorstandssitzung mit den Funktionären. Wichtige Tagesordnung.
20. Ubr. (Schöneberg). 6 1/2 Uhr bei Grundt, Weiminger Str. 8, Allgemeine Funktionärsitzung.
Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, 5 Uhr nachmittags im Stahnsdorf, Kriegerstr., Zimmer 109, wichtige Sitzung. Tagesordnung: 1. Aufbauschule. 2. Preisler-entwurf.
Kocherei a. b. Ostend, Sonnabend im Jugendheim, Waldenstraße. Thema: „Frauen- und Kinderfürsorge in England“. Referent: Genosse Gevelin.

Aus aller Welt.

Unsere spanischen Freunde.

Auf das Dankschreiben des Reichspräsidenten an den König von Spanien für das, was Spanien zur Vinderung des Todes der deutschen Gefangenen und überhaupt an Liebeswerken für Deutschland getan hat, ist ein herzliches Erwiderungsschreiben des Königs dem Reichspräsidenten eingetroffen. Es betont, daß eine derartige Kundgebung, wie sie der Präsident namens des deutschen Volkes an den König gerichtet habe, die beste Belohnung für das Streben Spaniens sei.

Automob. Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich auf der Schwabhauser Heerstraße in Bremen. Ein Automobil, in dem die Bremen allgemein bekannte Persönlichkeiten: Kaufmann E. B. Rohmann, Hotelier Friedrich vom „Nordischen Hof“ und dessen Geschäftsführer saßen, fuhr mit großer Geschwindigkeit auf einen mit zwei Russen und einem Wirt besetzten unbeleuchteten Bauernwagen. Dabei erlitt Rohmann so schwere Kopfverletzungen, daß er nach kurzer Zeit an einem Bluterguß ins Gehirn verstarb. Auch Friedrich, der das Auto steuerte, trug schwere, jedoch nicht tödliche Schädelverletzungen davon, während der dritte Insasse des Autos nur leicht verletzt wurde. — Ueber die Proleten im Bauernwagen wird nicht gemeldet.

Ein Heilmittel gegen die Maul- und Klauenseuche. Der Leiter des Pasteur-Instituts in Paris Dr. Roux führte in der Akademie ein von ihm entdecktes Heilmittel vor, das imstande sein soll, gegen die Maul- und Klauenseuche unempfindlich zu machen.

7000 Kronen Geldstrafe für eine Ohrfeige verhängte ein Wiener Gericht. Die Friedensstrafe war 10 Kronen. Der Währungsgefall, der alle Welt bedeckt, hat sich auch auf die Justiz erstreckt.

Sport.

Arbeiter-Kadetten-Club „Solidarität“. Sonnabend, den 3. März: Doppelstunden nach Beendigung d. d. Bes. Sport 1/2 Uhr nachmittags im Stadion Tiergarten. Sportveranstaltungen aller Abteilungen und Ortsgruppen mit guten Häusern mitnehmen. Bitte schnellstens durch Telegramm. Amt Postbühl Str. 4, Kassenbuch bekanntzugeben. 1. Ubr. nach Beendigung (Schöneberg). 1 1/2 Uhr. — 2. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 3. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 4. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 5. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 6. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 7. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 8. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 9. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 10. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 11. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 12. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 13. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 14. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 15. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 16. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 17. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 18. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 19. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“. — 20. Ubr. Die Schützen und Sportschützen nach wie vor im „Sportplatz“.

Frauen ins Kaufmannsgericht!

Die gestrige Reichstags-Sitzung eröffnete Präsident Lohde mit den Worten: Sollte im Laufe der heutigen Sitzung eine entsprechende Mittelung von dem Fortgang der Verhandlungen in London einlaufen, so wird sie der Reichstagskanzler hier der Vollvertretung mitteilen.

Das Gesetz über vorläufige Zahlung auf die Körperschaftsteuer wird dem Steueraussschuß überwiesen. — Die Unbedenklichkeit für das Reich 1920 wird zur Kenntnis genommen. — Die Reichshaushaltsrechnung für 1918 wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt. — Das Gesetz über die Kontrolle der Kriegszahlungen wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten ersucht die Reichsregierung, in kürzester Frist eine Novelle zum Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz vorzulegen, in der den berechtigten Wünschen der beteiligten Kreise entsprochen wird, insbesondere auch hinsichtlich des passiven Wahlrechts der Frauen. — Hierzu berichtet Abg. Frau Teusch (Zentr.).

Abg. Frau Hies (L. Sp.): Es ist dringend notwendig, daß der Antrag eine Mehrheit findet.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.): Es ergeben immer noch Regierungsverordnungen, in denen das verfassungsgemäß gewährleistete Recht der Frauen außer acht gelassen wird. Die grundsätzlichen Bedenken der Regierung gegen

das passive Wahlrecht der Frauen

fallen um so weniger ins Gewicht, als die Tätigkeit der Frauen in den Schlichtungsausschüssen sich durchaus bewährt hat. Es wäre unbillig, die Frauen von dem Kaufmanns- und Gewerbegericht auszuweisen, nachdem man sie gestern zu den Beamten der Schlichtung und Schlichterinnen zugelassen hat.

Abg. Frau Behm (Dnat. Sp.): Die rechtsstehenden Frauen gehen in diesen Forderungen mit den Vorrednerinnen Hand in Hand.

Abg. Thiel (D. Sp.) äußert Bedenken gegen den Antrag. Der sozialdemokratische Arbeitsminister hatte im vorigen Jahre abgelehnt, das passive Wahlrecht der Frauen in seine Verordnung aufzunehmen.

Die Abg. Frau Cäders (Dem.) und Frau Teusch (Zentr.) sprechen für den Antrag.

Abg. Siebel (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Thiel ständen mit der Wahrheit zum Teil auf gespanntem Fuße. Der Arbeitsminister Schlichte hat das passive Wahlrecht der Frauen deshalb nicht in seine Verordnung aufgenommen, weil ihm von den Beamten seines Ressorts erklärt wurde, ein entsprechendes Gesetzentwurf sei unmitteibar vor der Vollendung. Die Vorlage ist aber durch die Schuld der Rechten vertrieben und bis heute nicht eingebracht. Wir verlangen Aufführung von der Regierung, wann eine solche Vorlage kommt. Wird durch die Schuld der Großenindustrie die Vorlage noch weiter verschleppt, so werden wir einen Antrag einbringen, der die Materie in kürzester Zeit regelt.

Ein Regierungsvertreter erklärt: Falls das neue Gewerbegerichtsgesetz nicht in Kürze eingebracht wird, beabsichtigt der Reichsarbeitsminister eine Novelle zum schlichtungsgesetz einzubringen, die den Frauen das Wahlrecht verschafft.

Darauf wird der Antrag gegen einige Deutschnationale angenommen.

Es folgt eine längere Debatte darüber, ob die Behandlung des Ortsklassenverzeichnisses dem Hauptaussschuß oder dem Beamtenaussschuß überwiesen werden soll. — Die Vorbereitung des Ortsklassenverzeichnisses wird dem Beamtenaussschuß übertragen.

Dine Ausprüche angenommen werden Anträge des Besslerungsausschusses auf Vorlegung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Trunksucht und zur Schlichtung der noch bestehenden Borselle.

Das Haus vertagt sich auf Freitag 2 Uhr. Anträgen, Redereihenabfindung, Erziehungsausschuß, Erwerbstätigenfürsorge. Schluß: 3 Uhr.

Prozeß Sonnenfeld.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Auch die weiteren Aussagen des Intendanturrates Rütke waren weder für die Angeklagten, noch für Stary belastend.

Im übrigen erklärt der Zeuge, daß er froh gewesen sei, Lebensmittel für die Truppen zu bekommen, der Preis war gleichgültig; darum habe er auch kein Sichausdrängen usw. darin sehen können, als Stary mit einer Empfehlung Rütke zu ihm kam. — Angekl. Ernst Sonnenfeld: Hat nicht der Zeuge mir eines Tages gesagt, daß der Adjutant Rütke, ein Mittelmeister a. D. sein, ihm alles mögliche über Stary mitgeteilt hätte? U. a. auch, daß Stary jeden Tag bei Stary esse? Der Zeuge fragte mich dann, was daran wahr sei, und ich erwiderte, alles sei Richtig, was über Stary gesagt werde. — Zeuge: Ich habe keinen Anstoß, Schlechtes von Stary anzunehmen, und hielt alles für Richtig. Ich war ihm dankbar und habe ihm immer die Stange gehalten. Im übrigen wollte Herr

s. Dehen selbst Geschäfte machen,

und ich hatte den Eindruck, daß er deshalb Uebles über Stary redete. Ich habe ihn auch hinausgesetzt.

Hierauf wurden die einzelnen Konten, die Sonnenfeld Vater und Sohn bei der Seehandlung und bei der Nationalbank auf dem Namen der verschiedenen Familienangehörigen eröffnet hatten, besprochen. Es waren viele und teilweise sehr hohe Beträge eingezahlt worden. Sonnenfeld Vater versucht die Anlegung der einzelnen Konten damit zu erklären, daß bei der Vermögensabgabe und Vermögenssteuer infolge der Stiefelung der Progenituren die Abgabe mit der Größe des Vermögens steige.

Die Behauptung der Anklage, daß große Ueberweisungen aus Ernst Sonnenfelds Profitten auf die Familienkonten erfolgt seien, konnte anscheinend nicht refutiert werden; etwas scheint wohl dran zu sein.

Freitag Fortsetzung.

5 VOLKSKUNSTABENDE des LYRABUNDES

Bunter Abend

Es blüht der Tau (Rubinstern) — Es sitzen drei Reiter (Mähler) — Kinderliedchen (Leo Biech) — Arie d. Georg a. „Der Waffenschmied“ (Lortzing) — Du, du Antonia u. Hoffmann a. „Hoffm. Erzählung“ (Ottelbach) — Eine Lerche (Lortzing) — Drei Zigeuner (Lortzing) — Hab' Sonne (Falsch) — Ach wie es kam (Cina) — Vortragen von Trude Raspa — Tony Jaquet, Lieder zur Laute u. a. Kuckuck im Wald (Schmidhauer) — Ein beles Li d. (Sonn-Sommer) — Der Spuk (H. Reich) — Steierische Volksweisen — Klavier-Solo: 2. Rhapsodie (Liszt) WIII Schulz-Fiedler

Berliner Solo-Terzett: Max Fank, Konzertlied Max Schütz, Streichquodion Flora Schneider, Laute Rosmarin (Kreislir)

Lieder- und Arien-Abend

Abendlied (Atte-Adler) — Der Seemann ist da (Heyne) — Daheim (Kaun) — Sag mir, ihr schimmernden Sterne (Kaun) — Die Sperlinge (Hildach) — Arie des Wolfram u. Pilgerchor aus „Tannhäuser“ (Wagner) — Rez. u. Arie des Marie aus „Der Waffenschmied“ (Lortzing) — Duett: Hans und Veit, Lied aus „Udine“ (Lortzing) — Ellen Byk, Violin: Waiters Preislied aus „Die Meisterlirner von Nürnberg“ (Wagner) — Träume (Wagner) — Meditation aus „Thals“ (Massenet) — Ur-ar. Tr. G. Moll, Nr. 3 (Brahms-Joachim) — Tambourin (Rameau) — Gretz Riedel, Gustav Köhn, Fritz Lorbeer — Neues Berliner Solo-Quartett: WIII Ludwig, Otto Adolph, Gustav Köhn, Fritz Lorbeer — Am Klavier: Kurt Riedel

Unterhaltungs-Abend

Die Uhr (Loewe) — Heimweh (Hugo Wolf) — Feinsliebchen, du sollst mir nicht bariß gehn (Brahms) — Geburtstagslied (Sachs) gesungen von Marie Neumann — Rezitation: Irma Schiele u. a.: Störche Mia Holm — Vortr. Müller) — Trostgedicht für die Kleinen (Castell) — Das Lot-rieles (D. v. Liliencron) — Klavier-Solo: Waldrauschen (Liszt) WIII Schulz-Fiedler

ENOCH ARDEN

Uebersetzung von Alice Tennyson, englische Musik von Dr. Richard Strauß, gesprochen von Friz Taepa

Fritz Lissig: Serenade (Bruch) — Am Rhein (Wagner) — Frühling (Gounod) — Die Henne (Dessau) — Am Flügel: Willy Schulz-Fiedler

Konzert-Abend

Prinz Eugen (Lewy) — Begrüßung Schwert (Hildebrand) — Wolframs Lied an den Abendstern aus „Tannhäuser“ — Boischalt (Brahms) — Duett: Am Morgen (Stanie) — Liebeslied (Haydn) — Gerda Sander — A. N. Harzen-Müller — Ellen Byk, Violin: Ballade und Polonaise (Vieuxtemp) — Friedrich Tornyow, Cello: Nordisches Lied (P. C. Koch) — Spanischer Tanz (Popper) — HAYDN TRIO, G-Dur, Ellen Byk, Friedrich Tornyow, Kurt Riedel — Annie von Ledebur: Frühlingssummen-Walzer (Joh. Strauß) — Scene und Arie der Violetta aus „La Traviata“ (Verdi) — Am Flügel: Kurt Riedel

Heiterer Abend

Rosenrühling (Jüngst) — Tanz und Gesang (Zander) — Humoristisches Quartett: Elektrische Funken (Malica) — Spatz und Spätzin (Hildach) — Die Vorsichtige (H. Hermann) — Ersies Walzer-Rondo (Gumpert) — Wenn lustig der Frühlingwind (Umlauf) — Heitere Rezitationen: Jan Bart (Th. Fontane) — Freudentag (Otto Ernst) — Ueberall Bakterien (Moszkowski) — Loie aus'm Kohlenkeller (M. Schmitzer) — Das Oebet vor dem Baile (Kory Torka) — De Wedd (Fritz Reuter) — Aus Hans Brenneris Dichtungen: Der Film von Berlin O — Das rote Oster — Der Taubenritt (Schradler) — Im Rosenarten (C. Schmidt) — Sralire (Paul Lincke) — Mitwirkende: Gretz Norddege — Erich Taepa — Margarete Scholz — Neues Berliner Solo-Quartett: WIII Ludwig — Otto Adolph — Gustav Köhn — Fritz Lorenz. — Am Flügel: Irma Schiele.

Zur geill. Beachtung! Für persönliche Abholung befindet sich jetzt die Verkaufsstelle Luisenstraße 80 I (Nähe Karlsplatz), welche von 1 bis 9 Uhr nachmittags geöffnet ist. Schriftliche Bestellungen sind an die Geschäftsleitung nach Berlin NW 40, Neues Tor 3, zu richten.

Der Preis für eine Dauerkarte, gültig für die 5 Vortragsabende, beträgt neun Mark (einschließlich Steuer) für diesen geringen Betrag sichern Sie sich einen Platz, da es wird nur eine bestimmte Zahl Einlasskarten ausgegeben, so daß es sich am feiert, umgehende Bestellung von Hörerinnen an die Leitung gelangen zu lassen, da die Karten erlaugungsgemäß bald vergriffen sein werden. Die Dauerkarten sind unpersönlich, können also im Bedingungsfall an jede andere Person weitergegeben werden. — Die Zusendung d. Karten erfolgt auf Wunsch durch die Post per Nachnahme, jedoch wird die Einzahlung auf Postscheckkonto 22203 Berlin NW 7, anempf., damit den Bestellern das Nachnahmeposito erspart bleibt.

Zyklus I	Bunter Abend	Lieder-u. Arien-Ab.	Unterhaltungs-Abd.	Konzert-Abend	Heiterer Abend
Sonntags-Reihe	6. März	13. März	20. März	27. März	3. April
Montags-Reihe	7. März	14. März	21. März	28. März	4. April
Dienstags-Reihe	8. März	15. März	22. März	29. März	5. April
Mittwochs-Reihe	9. März	16. März	23. März	30. März	6. April
Donnerstags-Reihe	10. März	17. März	24. März	31. März	7. April
Freitags-Reihe	11. März	18. März	25. März	1. April	8. April
Sonntags-Reihe	12. März	19. März	26. März	2. April	9. April

Zyklus II	Bunter Abend	Lieder-u. Arien-Ab.	Unterhaltungs-Abd.	Konzert-Abend	Heiterer Abend
Sonntags-Reihe	13. März	20. März	27. März	3. April	10. April
Montags-Reihe	14. März	21. März	28. März	4. April	11. April
Dienstags-Reihe	15. März	22. März	29. März	5. April	12. April
Mittwochs-Reihe	16. März	23. März	30. März	6. April	13. April
Donnerstags-Reihe	17. März	24. März	31. März	7. April	14. April
Freitags-Reihe	18. März	25. März	1. April	8. April	15. April
Sonntags-Reihe	19. März	26. März	2. April	9. April	16. April

Beginn pünktlich halb acht Uhr

Bestellschein: Ich bestelle hiermit bei L. Schiele, Berlin NW 40, Neues Tor 3 (Leitung des Lyrabundes) Dauerkarten (jede Dauerkarte gilt zum Preise von je 9 M. für 5 Vortragsabende) (einschließlich Steuer) Die Zusendung wird durch Nachnahme gewünscht. Der Betrag ist auf das Postscheckkonto 22203 in Berlin eingezahlt. Um genaue Anfüllung des Bestellscheines wird gebeten. Nichtgewünschte bitte streichen. Welche Reihe darf gesandt werden, falls die gewünschte vergriffen ist?

Name und Stand: _____ Wohnung: _____

Die Bestattung unseres lieben Redaktionskollegen

Dr. Franz Diederich

erfolgt am Sonnabend, 5. März, nachmittags 3^{1/2} Uhr, auf dem Friedenhauer Waldfriedhof in Stahnsdorf-Gütergatz. Abfahrt vom Wannseebahnhof 2 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag des „Vorwärts“.

Bezirksverband Berlin SPD.

81. Abteilung
Schöneberg-Friedenau/11. Kreis

Unsere Mitglieder die betrübende Mitteilung, daß unser Genosse

Dr. Franz Diederich

verstorben ist.

Ein unermüdbarer Kämpfer für unsere Ideen, ein guter Mensch ist von uns gegangen.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Sonnabend, den 5. März, nachmittags 3^{1/2} Uhr auf dem Gemeindefriedhof Gütergatz (Stahnsdorf). Um rege Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Entfettungs-Tabletten

Wasser-Tabletten
das erfolgreichste und unbedenkliche Mittel gegen Fettflecken.

Ohne Diätzwang.

Gründliche Aufnahme bei ausgeprägtem Fettstoffwechsel.

Reifan-Apothek, Berlin, Leipzigerstr. 88 an der Charité.

Spezial-Arzt

Dr. med. Grütering

Kran. u. Frauen, Gynäkologisch u. Mütterl. u. Frauen, Blutunter- u. Invalidenstraße 22, Ecke Chausseestr. Steht. Bld. Sp. wochentlich 11-12, 4, 5-7.

Ein Mann - Ein Wort!

Ich zahle, ohne zu handeln, für

Silber - 2.00
Silber - 1.00
Platin - 126.50
Gold - 40.00

Brillanten
höchsten Tageskurs
Uhren, Ringe, Brennstifte
bis 8000 M.
(Einzelne Zähne
II bis 300 Mk.)
Uhr- u. Juweliengeschäft
H. Wiese
Artilieriestr. 30
Tel. Nord. 1030
Tel.-Adr. Platinviereck

Leiden Sie?

an Nierens-, Hauterkrankungen, Gicht, Rheuma, Bluthochdruck, Schilddrüse, Zuckerkrankheit, Lebererkrankungen, Gicht, Bluthochdruck, Schilddrüse, Zuckerkrankheit, Lebererkrankungen, Gicht, Bluthochdruck, Schilddrüse, Zuckerkrankheit, Lebererkrankungen.

General-Vertrieb: G. Rolffe, Berlin SW 50, Stralburger Str. 6.

Augenbräun

Ich bin, habe langjährig erkrankt, durch Bluthochdruck, Zuckerkrankheit, Gicht, Bluthochdruck, Schilddrüse, Zuckerkrankheit, Lebererkrankungen, Gicht, Bluthochdruck, Schilddrüse, Zuckerkrankheit, Lebererkrankungen.

Wichtig für jeden Mann ist es, die notwendigen zu erwerben, die Patient-Reklame Waive zu erwerben. Kapital kaum erforderlich. Prospekt gegen Rückporto 1.00 M.

Reklame-Agentur
Bechum, Schill. Str. 117

Kreuzfische 250M.

Alaska, Blau-, Zobel-, Silber- und Weißfische, Dorsch, Peitzmännel, Herzen-Geb. und Sportfische bis zur Hälfte der Preise herabgesetzt. Ferner Cutaways, Aurore, Ulster, früher bis 1200 Mark, jetzt 250 bis 400 Mark. Keine Lombardware.

Leibhans, Marktpl. 58a

MARCIS & MENDEL

Charlottenburg, Spreestr. 7
Wilhelm 5430

Herstellung allerfeinster
garantiert reiner ungefüllter

Tolleifen-Seifen

Erstklassig parfümiert
Preise von M. 18 bis M. 70 p. Dtd.
Grosstoten erhalten hohen Rabatt

Kernseife gar. 60%
in Kiste n. von 230 g. pro Kiste v. 100 Riegeln M. 335.-

Seifenspähne
in Paket von 125 g. p. Kiste v. 200 P. M. 510.-

Leinöl-Schmierseife 23/40% p. Ztr. 425.-

Wohnungs-Austausch

Spedition (est. 1851) Lagerhaus 113/108

A. SCHÄFER

Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsau 36
Langjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

In 1 Stunde besetzen Sie unter Garantie jede

Läuse-Plage

auch Flöhe u. Brut (Niss) bei Mensch u. jed. Tier m. m. gesch. Bekömda A in 3 Größen f. eine, zwei und vier Personen, für Haut und Haar unschädlich.

Bekömda B vernichtet Wanzen samt Brut (radikal Bekömda C)

Zu haben in Berlin in folgenden Drogerien: NW, Waldenstr. 118. N, Reinickendorfer Str. 119. Brunnener, 99. Inval. nstr. 24. Friedrichstr. 128. Braunenstr. 197. Schönhauser Allee 62. Prenzlauer Allee 157. ND, Linienstr. 8. Elbinger Str. 62. O, Kl. Andreastr. 13. Petersburger Str. 83. Ebertstr. 48. G, Neue Promenade 2. SO, Dresdener Str. 18. Brückenstr. 12. S, Kottbuser Damm 81-83. SW, Büchelerstr. 4. Zossener Str. 18. Friedrichstr. 31. W, Linkenstraße 46. Bülowstr. 84. Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 188. Wilmersdorf, Berliner Str. 134. Schöneberg, Hauptstr. 21. am R. Thaus. Tempelhofer, Berliner Str. 32. Neukölln, Boddenstr. 68. a. Rathaus. Treptow, Eisenstr. 136. Baumgartenweg, Baumchulestr. 15/16. Oberschönhausen, Wilmersdorfer Str. 41. Lichterfelde, Frankfurter Allee 237. Weißensee, Berliner Allee 19. Pankow, Berlin Str. 46. Miederschnaues, Sismarckplatz. Hefenkampdorfer-Str. 107. Spandau, Markt 9. Schönefelder Str. 29. Gen.-Veitstr. und Postverwand A. Matzke, N. Kastanienallee 7A. Weitere Wiederverkäufer gesucht.

Edelmetall

und edelmetallhaltige Stoffe sowie Gold u. Silber in Stück u. Rohform jeder Form samt ständig Scheideanstalt

Fr. Urbaschek,
Berlin SW 68,
Rafregrenstr. 23
Tele. 1858 u. 1861

Blei u. Zinn

Atmetalle kaut zu hohen Preisen Zinnschmelze
Prinzess-Str. 17, Mpl. 16479

Metalbankstelle

Osten, Grüner Weg 8
zahl Tagespreise für

Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Witt. bekannte Möbelfabrik

beliebte vornehmlichste Reuten unter der Leitung langjähriger Meister

komplette Wohnungs-einrichtungen
zu günstigen Zahlungsbedingungen.

Off. unt. A 19 an die Zentr. des Gewerks. Z. Berlin

Standrecht im Abstimmungsgebiet.

Oppeln, 3. März. (M.D.) Um die ruhige Durchführung der Abstimmung zu gewährleisten, wird die Interalliierte Kommission, wie wir erfahren, schon in den nächsten Tagen über das Abstimmungsgebiet sowohl den Belagerungszustand als auch das Standrecht verhängen. Politische und sonstige Versammlungen werden während der Dauer des Belagerungszustandes verboten sein.

Deutscher Gewerkschaftsanruf. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Trotz allen Pöbelgerüchten für heute und morgen herrscht, soweit bisher bekannt ist, volle Ruhe und Pöbelhorden fehlen erfreulicherweise. Daran hat die Verständigung der deutschen und polnischen Gewerkschaften, der ein polnischer Aufruf noch folgen wird, ihren großen Anteil.

Deutscher Gewerkschaftsanruf.

Kattowitz, 3. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Erfolg der bereits gemeldeten Verständigung zwischen polnischen und deutschen Gewerkschaften zur Vermeidung eines Generalstreiks veranlaßt das Bezirksparlament der freien Gewerkschaften Oberschlesiens heute folgenden Aufruf an die Arbeiterschaft Oberschlesiens:

In diesen Wochen findet die Volksabstimmung statt. Die nationalen Bogen und Leidenschaften werden eine ungeheure Steigerung erfahren. Der

Terror, der Euch so lange bedrückte,

wird noch einmal mit voller Kraft einsehen, um Euch einzuschüchtern. Arbeitsbrüder, Kollegen, bewahrt Euer ruhiges Blut, laßt Euch nicht provozieren! Es sind Bestrebungen im Gange, die wirtschaftlichen Interessen der ober-schlesischen Arbeiterschaft mit nationalen und politischen Fragen zu verknüpfen. Es ist versucht worden und unerantwortliche Elemente versuchen es noch, die Arbeiterschaft in einen nutzlosen Generallstreik zu ziehen. Die Organisationen aller Richtungen, auch die polnischen, haben sich mit der gegenwärtigen Lage in Oberschlesien beschäftigt und sind übereingekommen,

keinen Streik aus politischen Motiven

zu unterstützen. Auch der Terror gegen Andersdenkende soll unterbleiben. Die politischen Organisationen werden — so versicherten ihre Vertreter — auch keinen Streik erklären und billigen, der sich gegen das Abstimmungsrecht der abstimmungsberechtigten geborenen Oberschlesier im Reich richtet.

In der

Frage des Goldmarkfonds

aus dem Spa-Abkommen haben die Vertreter der freien Gewerkschaften den polnischen Organisationsvertretern vorgeschlagen, eine gemeinsame Kommission nach Berlin zu entsenden, um sich dort volle Aufklärung zu holen.

Die Verhandlungen über die Lohnerhöhungen führen die Organisationen gemeinsam weiter. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Alle Organisationsvertreter sind sich einig darüber, daß ein vorzeitiger Streik nicht im Interesse der Arbeiter, sondern der Unternehmer liegen würde. Ein Streik in der gegenwärtigen politisch erregten Zeit würde zu unobjektiven Konsequenzen führen und der Arbeiterklasse, gleich ob deutsch oder polnisch organisiert, schweren Schaden zufügen. Arbeiter Oberschlesiens! Bewahrt die Ruhe, laßt Euch nicht von Deuten ins Unglück stürzen, die Euch dann im Augenblick der Gefahr und Not verlassen. Folgt Euren bewährten Gewerkschaften!

Das Bezirksparlament der freien Gewerkschaften Oberschlesiens.

Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, hat die Interalliierte Kommission alle öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen und zwar weder zugunsten der eintreffenden Heimatstreuer noch für die entl. eintreffende englische Besatzung verboten. Dieses Verbot ist ein Beweis dafür, daß die Engländer von den Oberschlesiern als Befreier von einer unerträglichen Last angesehen werden. Die Italiener schicken auch noch ein Regiment.

Der Eisenbahnerstreik in Polen.

Warschau, 3. März. (D.E.) Der Generallstreik der Eisenbahner ist beendet ausgegangen, daß beide Parteien sich den Sieg zuschreiben. Die Regierung konnte es nicht verhindern, daß der Verkehr und die Industrie teilweise lahmgelegt wurden. Andererseits mußten die Streikenden es zulassen, daß der Betrieb in den Kaufhäusern, Läden, Banken usw. seinen normalen Gang ging. Die Provokation scheint übrigens von der Streikbewegung doch stärker ergriffen worden zu sein, als es nach den amtlich kontrollierten Nachrichten schien. Besonders in Krakau machen sich starke kommunistische Strömungen bemerkbar. Dagegen war es in Lodz ziemlich ruhig. Am empfindlichsten ist durch die Streikwirren wieder die polnische Markt getroffen, da infolge des Streiks gerade zu Millionen alle fremden Wäluen emporschneitten.

Hardings Amtsantritt.

Paris, 3. März. (Holländisch Neuenbureau.) „Chicago Tribune“ meldet, daß das Programm Hardings, der morgen sein Amt antritt, über die internationalen Politik folgende Punkte enthalten wird:

1. Friedensschluss mit Deutschland in Vereinbarung mit der Entschliessung Lodge, die von Wilson verworfen worden war.
 2. Einreichung von Vorschlägen an die ausländischen Regierungen bezüglich einer Vereinbarung zur Bechtzung der Räumungen.
 3. Gründung eines internationalen Gerichtshofes.
 4. Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung der polnischen Angelegenheiten, die nicht in den Verhandlungen des Gerichtshofes fallen. Die Konferenz soll die Maßnahmen besprechen, um zum Weltfrieden zu gelangen.
- Das Programm wird ferner fordern, daß der Versiller Vertrag verworfen wird, und wird gleichzeitig eine Reorganisation des Völkervertrages vorschlagen.

Kriegsgeschrei der Großararier.

Am Circus Busch trat gestern der erste Reichs-Landbund-Lag zusammen, der sich aus der Verbindung der Landbünde mit dem Bund der Landwirte gebildet hat. An der Tagung nahmen zahlreiche Parlamentarier der rechtsstehenden Parteien teil. Auf der Tagesordnung stand u. a. ein Vortrag über die Entwicklung des Reichslandbundes.

Der Verammlung sind eine Reihe von Entschliessungen vorgelegt, deren erste Stellung zu den Londoner Verhandlungen nimmt.

In der Entschliessung wird die Reichsregierung aufgefordert, ihre Zustimmung zur Uebernahme unauflösbarer Verpflichtungen zu verweigern. Die deutsche Heimat sei einzig, die Regierung hierin zu unterstützen. In einer weiteren Entschliessung zur Wirtschaftslage wird die weitere Beseitigung der Zwangswirtschaft verlangt. Nur die freie Wirtschaft sei imstande, der Bevölkerung das Notwendige zu liefern (und das Brot auf 15 Mark zu verteuern! D. Red.). Hierauf sprach der bekannte Großararier und Bundessprecher Dr. Koesike. Zunächst polemisierte er gegen die gegenwärtige Parteiregierung, der er das Ideal der völkervereinlichenden konservativen Parteiherrschaft gegen-

überstellte. Hierauf appellierte er an die Opferbereitschaft seiner Freunde, Mittel für die Abstimmung in Oberschlesien zur Verfügung zu stellen. Am Schlusse der Rede ertönte wie üblich das „Deutschland-Lied“.

Eine weitere Entschliessung zu dem Ergebnis der Freuwahlen richtet sich gegen den den Agrariern verhöferten Landwirtschaftsminister und Ministerpräsidenten Braun. Bei der neuen Regierungsbildung müsse „mit allen Mitteln“ (auch mit Maschinengewehren? D. Red.) auf die Beseitigung Brauns hingearbeitet werden. Hierauf wurde dem Genossen Braun das allerhöchste Mißtrauen des Landbundes ausgesprochen.

Weiter führte Koesike aus, daß Deutschland sich selbst hätte ernähren können, wenn man der Politik des „Bundes der Landwirte“ gefolgt wäre. Das preußische Ministerium des Innern müsse der Sozialdemokratie entrisen werden. Deshalb weg mit Severing! (Minutenlanger Beifall. Zurufe: Raus mit ihm!)

Landwirt Sauger-Beckh, Vorsitzender des preußischen Landbundes begeisterte die Versammlung zu Hochrufen auf Escherich. Der Vizepräsident des bayerischen Landtages Prieger gefiel sich in antisemitischen Böhseleien und rühmte die „Ordnung in Bayern“. Freiherr v. Richtig (Schlesien) forderte den Boykott jedes Landwirtes, der ein „sozialistisches Schweineblatt“ lese. Mit einem Hoch auf den Landbund wurde die erhebende Tagung geschlossen.

Waffenfund in Schlesien.

Wie aus Schlesien gemeldet wird, ist es gelungen, auf dem dem früheren Kaiseroffizier v. Schweinigen gehörigen Rittergute Pajewitz bei Hundsdorf (Niederschlesien) einen großen Waffenfund zu machen. An verschiedenen Stellen sorgfältig, an anderen unter Ziegelhaufen versteckt fanden sich: 1 Maschinengewehr, 48 neue Gewehre — Modell 1888 —, 69 Handgranaten, 13 431 Schuß Infanterie-Munition, 790 Schuß Maschinengewehr-Munition und 331 Stahelme.

Der stark kompromittierte Gutsinspektor und Amtsvorsteher Gloschowski kam der Suspendierung durch den Landrat Menzel durch Niederlegung seines Amtes vor. Die schuldigen Täter und Mitwisser sind von der Staatsanwaltschaft vorgeladen worden.

Waffenfund am Bodensee.

Karlsruhe, 3. März. (M.) In den letzten Tagen sind in Bodman am Bodensee Waffen in größerer Zahl beschlagnahmt worden. Eine amtliche Mitteilung hierüber besagt:

In der Nacht zum 20. Februar brachte der Oberleutnant a. D. Friz Keller aus dem Württembergischen einige Wagen Waffen nebst Munition nach einem in der Nähe der Gemeinde Bodman gelegenen Gute des Grafen von Bodman. Eine Gendarmenkontrolle erhielt von den Vorgängen Kenntnis und das zuständige Bezirksamt beschlagnahmte alsbald 1300 Gewehre, 10 Maschinengewehre und 20 000 Schuß Munition, um sie zum Zwecke der Vernichtung der Reichstreuhand-Gesellschaft zuzuführen. Die Staatsanwaltschaft hat in der Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet.

Die Breslauer Menschenhinder.

Breslau, 3. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Im Prozeß gegen die Breslauer Kulod-Kapitane verläßt die Verteidigung der Angeklagten, die politische Spannung in den Kapp-Tagen zur rechtlichen Entlastung der Angeklagten zu verwenden. Es wird versucht, die Mißhandlungen als politische Vergehen hinzustellen, die unter die bekannte Amnestieverordnung fallen. Um die Berechtigung dieser Behauptung, nach der Gummiknüppel-Mißhandlungen politische Handlungen sind, zu beweisen, versuchen die Verteidiger die Ausführungen der linksstehenden Presse über das Freikorps Kulod heranzuziehen, durch welche die Kulod-Soldaten gegen die Arbeiterschaft verhetzt worden seien. Da auch unser Breslauer Parteiblatt wegen einer Reihe von Artikeln in diesem Sinne zitiert wird, stellt die Redaktion der „Breslauer Volkswacht“ heute fest, daß sämtliche Artikel, die die „Volkswacht“ vor den Kapp-Tagen über die Kulod-Soldaten brachte, von Mitgliedern der Truppe selbst entweder geschrieben oder veranlaßt worden waren, um Mißstände in der Truppe zu bestätigen. Insbesondere wurde das Verhalten der Offiziere gegenüber den Mannschaften kritisiert. Der Zweck der Artikel sei also nicht die künstliche Schürung eines politischen Gegensatzes zwischen Soldaten und Zivilisten gewesen, sondern die Beseitigung von Mißständen in der Truppe und auf Wunsch von altgedienten Angehörigen der Truppe. Damit dürfte der Versuch der Verteidigung, die Mißhandlungen und Gewalttätigkeiten als politische Meinungsäußerungen in freundschaftlichem Sinne erscheinen zu lassen, erledigt sein.

Ueber den Gang der gestrigen Verhandlung meldet L.L.: Der Nebenkläger und Zeuge cand. med. Imbach war verhaftet worden, weil er beim Abreißen von Flugblättern und Bekanntmachungen beobachtet worden war. Er kam zunächst in die Wachtstube am Hauptbahnhof und von dort zum Generalkommando. Als man dort erfuhr, daß er einer jüdischen Studentenverbindung angehört, wurde er schwer beschimpft und es wurde ihm mitgeteilt, daß er am nächsten Tage auf der Weidweide hingerichtet werden würde. Die Vollstreckung des Todesurteils sollte aber nicht durch Erschießen, sondern

durch Erhängen

erfolgen. Mißhandelt wurde der Zeuge nicht. Oberleutnant a. D. Schmidt war im Freikorps zur Zeit der Kapp-Revolution Gerichtsbeamter. Mißhandlungen sind vor den Augen des Zeugen nicht vorgekommen. (1) Die Patrouillen seien in der gemeinsten Weise beschimpft und angepöbeln worden. Auch in der Presse seien schon vor dem Kapp-Putsch Neuschreibungen zu finden gewesen, die die Soldaten schwer kränken mußten. Einzelne Beamte geben eine genaue Beschreibung der sogenannten Hölle. Der Sachverständige Dr. Ruben hat den Zeugen heimlich behandelt. Sein Gutachten steht in greifbarem Widerspruch zu dem Gutachten des vernommenen Dr. med. Werner, der angab, daß die Verletzungen des Heimlich nicht lebensgefährlicher Natur gewesen seien. Dr. Ruben dagegen führt aus, daß die Verletzungen lebensgefährlicher Natur gewesen seien. Der ganze Körper war zerfchlagen.

Auch seelisch war heimlich deprimiert und vollständig erschüttert. Das zeigte sich besonders in dem ununterbrochenen Zittern des Kopfes. Der Staatsanwalt beantragt noch die Vernehmung des Zeugen Karl Peters, der befunden soll, daß sich auch Walter an den Mißhandlungen beteiligte. Dem Antrage wurde stattgegeben und die Verhandlungen auf Freitag 2 Uhr verlagert.

Gefrier, der starke Mann

Der Wehrausschuß des Reichstags letzte Donnerstag seine Beratungen über das Wehrgesetz bei § 35 fort, der die Truppe berechtigt, an wirtschaftlichen, nichtpolitischen Vereinen teilzunehmen, wo zu eine Anzahl von Anträgen vorlag. Gegenüber einer Erklärung des Abg. Dr. Rosenfeld (N.S.D.) betonte der Reichswehrminister Gefrier, daß er von den aetrischen Mitteilungen über das Verhalten und die Vorurteile bei dem Reichswirtschaftsverband (R.W.V.) nichts zurückzunehmen habe. Er warnte sich gegen den Vorwurf, als ob das Wehrministerium dem R.W.V. kein Verständnis und Entgegenkommen bewiesen habe. Er erntete die Notwendigkeit wirtschaftlicher Organisationen an, will aber keine Nebenregierung und Einmischungen in militärische Angelegenheiten von irgendeiner Organisation dulden. (Der Minister sollte lieber die militärische Nebenregierung im eigenen Hause beseitigen. — Die Redaktion.)

Abg. Rheinländer (Zent.) betonte, daß die parteipolitische Beteiligung von der Reichswehr ferngehalten werden müsse, andererseits, daß in den Grenzen des Art. 133 der Reichsverfassung das Vereins- und Versammlungsrecht der Heeresangehörigen soweit als möglich gewahrt bleiben müsse. Erfahrungen im Kapp-Putsch mahnten zu größter Vorsicht sowohl gegen Wirtschaftsvorstände der Offiziere, wie gegen solche der Unteroffiziere und Mannschaften — Die weitere Debatte drehte sich um die von diesem Redner berührten und gestern eingehend behandelten Fragen. Zu einer Beschlußfassung über den § 35 und die dazu gestellten Anträge kam es noch nicht.

Die Steueruntersuchung gegen Erzberger.

Ein politischer Skandal.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags beschloß am Donnerstag mit Mehrheit, dem Antrag der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Erzberger wegen Steuerhinterziehung zu entsprechen. Erzberger selbst hatte in einem an den Ausschuß gerichteten Schreiben, in dem er heftige Klage erhob wegen Verschleppung der gegen ihn schwebenden Untersuchung, die er als einen

großen politischen Skandal

bezeichnete, dringend um Genehmigung des Antrags gebeten. Ein Antrag Dittmann (U.S.P.D.), die Entscheidung zurückzustellen und zunächst diesen politischen Skandal — und um einen solchen handelt es sich in der Tat — in einem Unterausschuß gründlich zu untersuchen, blieb in der Minderheit, da nur die sozialistischen Vertreter dafür stimmten. Es wurde aber beschlossen, das umfangreiche, in der mehrstündigen Ausschussberatung vom Reichsfinanzminister Dr. Wirth vorgelegene Aktenmaterial im Druck dem Reichstag und damit der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Aus diesem Material ergibt sich, daß

1. Redakteur Bülk von der „Deutschen Zeitung“ Strafanzeige gegen Erzberger erstattet hat unter Verwendung der gestohlenen und photographierten Steuerakten Erzbergers;

2. der Abteilungspräsident Falkenhahn beim Landesfinanzamt Groß-Berlin im Kampfe mit dem Finanzamt Charlottenburg und dem Chefpräsidenten des Landesfinanzamts Groß-Berlin, Heintke, die Uebergabe der Steuerakten Erzbergers an die Staatsanwaltschaft durchgesetzt hat;

3. Falkenhahn im Widerspruch mit den altentwäglichen Tatsachen behauptet hat, die Bearbeitung der Angelegenheit Erzberger sei ihm „von höherer Stelle entzogen“ worden — welche Behauptung auch in einer Publikation Wirths wiederkehrt. Daraus ist auf sehr enge Beziehungen zwischen Falkenhahn und Bülk zu schließen.

Bemerkenswert sind folgende Tatsachen: Das vom preußischen Staatsfiskus (seit 1. April 1920 Reichsbehörde mit der Bezeichnung Finanzamt) im Januar 1920 eingeleitete Untersuchungsverfahren gegen Erzberger wurde am 31. März 1920 eingestellt, weil sich ein Vergehen gegen das preußische Einkommensteuergesetz nicht ergeben hatte. Abteilungspräsident Falkenhahn sah sich aber „in Rücksicht auf die Preßberichterstattungen“ (1) zu einer Nachprüfung des Finanzamts veranlaßt und kam zu dem Ergebnis, daß er den Verdacht der wissenschaftlichen Steuerhinterziehung nicht für beseitigt ansehe. In diesem Sinne berichtete Falkenhahn, nachdem die Angelegenheit ein volles halbes Jahr geruht hatte, an das preußische Finanzministerium, das für die aus den Jahren 1916—1918 stammende Steuerangelegenheit noch zuständig war. Präsident Heintke, der Vorgesetzte Falkenhahns, machte jedoch in einem Begleitschreiben starke Bedenken gegen den Antrag Falkenhahns auf Uebergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft geltend und riet zur besonderen Vorsicht. Er empfahl, die Akten nur dann an die Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn mit einiger Sicherheit auf die Beurteilung zu rechnen sei. Damit sei aber nach der erschöpfenden Untersuchung und dem durchaus objektiv gehaltenen Bericht des Finanzamts Charlottenburg nicht zu rechnen. Heintke ist der Ueberzeugung, daß Erzberger bei seinen Steuererklärungen rechtlichen Irrtümern, zum Teil auch zu seinen Ungunsten, unterlegen sei, daß aber die

Abicht der Steuerhinterziehung nicht vorliegt.

Darauf lag die Sache wieder wochenlang beim preußischen Finanzministerium. Jetzt kam die Strafanzeige Bülks beim Finanzamt ein, das sie ans Landesfinanzamt weitergab. Darauf erstellte Falkenhahn erneut Bericht an das preußische Finanzministerium und forderte Uebergabe der Akten an den Staatsanwalt mit der Begründung,

die politische Bedeutung

des Falles erfordere die gerichtsliche Verhandlung, denn andere Steuerpflichtige erklärten, sie würden bestraft, Erzberger aber gebe frei aus.

Wieder hielt Präsident Heintke seine starken Bedenken gegen die Strafverfolgung aufrecht und bemerkte, dem Bülk wäre zu eröffnen, daß sich nach den erschöpfenden Ermittlungen des Finanzamts keine Anhaltspunkte für strafbare Handlungen Erzbergers ergeben hätten. Das preußische Finanzministerium verfügte jedoch am 27. Dezember 1920, unter Aufhebung des Einstellungsbeschlusses vom 31. März, nach dem Antrag Falkenhahns die Uebergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft. Reichsfinanzminister Dr. Wirth legte besonderen Wert auf die Feststellung, daß er bis zum Februar 1921 in die ganze Angelegenheit nicht eingegriffen, dann aber einen Bericht über die sonstigen Steuerangelegenheiten Erzbergers eingeholt habe. Dieser bereits eingegangene Bericht enthalte keinen Anhaltspunkt für eine Verletzung.

Auf Anfrage teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die

Untersuchung wegen Aktenabstahls zu keinem Ergebnis geführt habe. Ein Ausschussmitglied erklärte, es liege der dringende Verdacht vor, daß Falkenhahn zu politischen Zwecken verlogene Mitteilungen an Bülk gemacht habe. Besonders hervorgehoben wurde ferner, daß im Dezember 1920 bei Uebergabe der Akten an die Staatsanwaltschaft keine Tatsache bekannt gemacht sei, die nicht schon bei Einstellung der Untersuchung am 31. März gemeldet worden ist.

Die Angelegenheit wird voraussichtlich zu einer lebhaften Aussprache im Plenum des Reichstags führen.

Der Reichstag genehmigte die Verordnung über Änderung der Besteuerung und die Verordnung betreffend Änderung der Rohrpostordnung für Berlin. Durch diese wird die Gebühr für den Rohrpostbrief auf 2,50 und für die Rohrpostkarte auf 2 Mark erhöht. Der Reichsrat verabschiedete sodann endgültig den Etat für 1921. Ferner stimmte der Reichsrat der Verlängerung des Kohlensteuergesetzes, dessen Gültigkeitsdauer am 31. März abläuft, um ein halbes Jahr bis Ende September 1921 zu. Ohne Erörterung stimmte der Reichsrat der Erhöhung der Zuckersteuer zu. Auch das Süßstoffgesetz wurde entsprechend geändert. Endlich nahm der Reichsrat in einer zweiten Sitzung noch das Jugendwohlfahrtsgesetz an.

Ein Hauptkandidat am Dreifuß-Strand gestorben. Der aus dem Dreifußprozeß bekannte frühere Kriegsminister General Percier ist gestern in Paris gestorben.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Arbeitslosenfrage.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in der letzten Zeit mit den maßgebenden Stellen im Reich wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot verhandelt hat, veröffentlicht jetzt seine Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Wir sind leider nicht in der Lage, den ganzen Wortlaut der Forderungen hier abzu- drucken. In nachstehendem sei daher kurz zusammengefaßt, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zur Behebung der Arbeits- losigkeit fordert.

Am weitesten Umfange sind sofort öffentliche Arbeiten in erster Linie für die öffentlichen Verkehrsbetriebe in An- griff zu nehmen und Mittel für weitere Arbeiten bereitzustellen. Bei Vergebung dieser Aufträge sind die von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffenen Bezirke besonders zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zwecke ist, soweit das technisch möglich ist, eine verkürzte Ar- beitszeit einzuführen oder eine zweite Schicht einzurichten. Sollten die vorhandenen Betriebe zur Bewältigung der Aufträge nicht ausreichen, so sind andere geeignete Fabriken heranzuziehen und nötigenfalls Betriebe umzustellen. Alle Aufträge der öffentlichen Verwaltungen sind als Notstandsarbeiten zu bezeichnen und ist dementsprechend der Unternehmergewinn zu begrenzen. Die Arbeiter müssen tarifmäßig entlohnt werden. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsver- gabe sind Vertreter der Gewerkschaften hinzuzuziehen. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Be- schäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Den Kurzarbeitern ist der Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu erlegen, die wiederum vom Reich in den Ländern die Hälfte der hieraus er- wachsenden Kosten aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosen- fürsorge ersetzt bekommen. Mit Hinsicht auf die Existenzmög- lichkeit der Kurzarbeiter in den jetzigen Zeiten muß natür- lich alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit bald- möglichst wieder in Vollarbeit umzuwandeln. Das Baugewerbe soll ebenfalls durch schleunigste Bereitstellung öffent- licher Mittel für den Wohnungsbau gefördert werden. Für alle Arbeitslosen, denen auch nach Erfüllung dieser Forderungen keine Beschäftigung gegeben werden kann, ist eine angemessene Er- höhung der laufenden Unterstützung zu beschließen. Für Kinder unbemittelter Eltern muß die Schulspfelnung ein- geführt bzw. ausgebaut werden. Zum Schluß fordert der Gewer- schaftsbund mit allem Nachdruck die sofortige Einziehung aller Besitzsteuern, damit aus der Durchführung der von ihm geforderten Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt.

Dieses Programm des Gewerkschaftsbundes wird die volle Unter- stützung nicht nur aller Arbeitslosen, sondern auch aller Arbeitenden erhalten. Die Arbeiterklasse ist bereit, für ihre arbeitslosen Kameraden Opfer zu bringen. An der Regierung liegt es, diese Opferbereitschaft zu zeigen und die kapitalistischen Kreise dazu zu zwingen, ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der Allgemeinheit, insbesondere gegenüber dem immer größer werdenden Heer der Arbeitslosen und deren hungernden Familien zu erfüllen.

Streik im Hamburger Hafen.

Die Hafenarbeiter Hamburgs sind am Donnerstagmorgen in den Streik getreten. Die Arbeit im Hafen ruht vollkommen. Nach einem Telegramm der Dena handelt es sich um einen Streik, der von der zuständigen Organisation, dem Transportarbeiterverband, mißbilligt wird, da nur die Erhöhung der Nebenlöhne gefordert ist und vor allem die eingeleiteten Verhandlungen mit dem Hafenbetriebsverein gar nicht erst abgewartet wurden. Auch im Altonaer Fischereihafen streiken die Kranführer und Schauerleute.

Eine Abgabe an die Kommunisten.

Die Verwaltungsstelle Bielefeld des Deutschen Re- tarbeiter-Verbandes hielt am 13. und 27. Februar dieses Jahres ihre Generalversammlung ab, in der der Jahresbericht erstattet und die Neuwahlen zur Ortsverwaltung vor- genommen werden sollten.

Die Versammlung am 13. Februar, die von ungefähr 1800 bis 2000 Personen besucht war, wurde, nachdem der Kollege Buse den Bericht erstattet hatte, wegen der vorgedrängten Zeit vertagt.

In der zweiten Versammlung am 27. Februar, die nicht ganz so stark besucht war, wie die erste, wurde die Aussprache über den Jahresbericht zu Ende geführt. Bei der Abstimmung wurde eine Resolution mit allen gegen etwa 100 Stimmen ange- nommen, die sich hinter die Beschlüsse des erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiterverbandes und damit auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stellt. Die von den Kommunisten eingereichten Entwürfe und Resolutionen, die besagten, daß der Vorstand aufgefordert werden solle, den Moskauer Gewer- schaftstongress zu beschließen, und die Anerkennung des bekannten „Offenen Briefes“ mit den Stuttgarter fünf Punkten verlangten, wurden gegen die Stimmen der Kommunisten mit erdrückender Majorität abgelehnt.

Bei der Wahl der Ortsverwaltung wurden 1326 Stimmzettel abgegeben. Davon erhielten die von den Anhängern der „Mos- kauer Internationale“ vorgeschlagenen zwei unbesetzten Verwal- tungsmitglieder 165 Stimmen, während die Liste der Vertrauens- leute, darunter alle bisherigen Angestellten, ge- wählt wurde.

Mitropa-Diktat.

Die Angestellten der Mitropa sind am Donnerstag früh in den Streik getreten. Die Zentralstreikleitung teilt mit:

Seit Mitte Januar hat die Direktion einen Entwurf zur Er- neuerung des Reichstarifvertrages. Am 1. März hat sie endlich der Gewerkschaft einen Gegenentwurf übermittelt und gleichzeitig die Tarifverhandlungen zum 2. März angehängt. Hierbei erklärte sie, daß sie nicht bereit sei, auf der Grundlage der Angestelltenforderungen zu verhandeln. Gegenstand der Verhandlungen können nur die Lohnsätze sein. Der Gegenentwurf der Direktion ließ aber in allen seinen Teilen erkennen, daß man zugleich wesentliche Verschlech- terungen auch in Bezug auf die Löhne durchzuführen beabsichtigte. Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen wiederholt, alle vorliegenden Entwürfe der Verhandlung zugrunde zu legen. Die Direktion be- stand jedoch darauf, daß ihre Vorschläge über die Regelung des Manteltarifs ohne Beratung anerkannt werden. Sie drohte sogar, andernfalls mit anderen Organisationen einen Tarifvertrag zu schließen. Dies bedeutete die Ablehnung der Forderung der An- gestellten und den Eintritt in den Streik. Auf Grund der sehlan- geführten Tatsachen war es auch nicht möglich, die Angestellten zur Annahme einer Schlichtungsinstanz zu bewegen.

Am ersten Streiktag sind bereits die Speisewagen ohne Proviand abgefahren. Bisher stehen nur die Berliner An- gestellten im Streik. Die Direktion erklärt zwar nunmehr, Ver- handlungen über den gesamten Tarifvertrag beginnen zu wollen, verlangt jedoch vorher den Abbruch des Streiks, was die An- gestellten entschieden ablehnen. Wegen dieser Stellungnahme der Direktion besteht die Gefahr der Ausdehnung des Streiks auf das ganze Reich. Freitag vormittag wird eine Sitzung des Kartells der im Gastwirtsgerwebe vertretenen Arbeitnehmerorganisationen zu der Lage Stellung nehmen. Die Zentralstreikleitung.

Revolutionäre Angestelltenvertreter.

Auch in der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin besteht eine „revolutionäre“ Betriebsorganisation. Sie hat sogar ein Mitteilungsblatt, das, wie seine geistigen Befruhter in der letzten Nummer selbstgefällig mitteilen, „dringenden Bedürfnissen“ dient, also in einer gewissen Beziehung nicht ganz zwecklos ist. Aber auch in anderer Weise möchte es gern seine Pflicht erfüllen und ausstrahlungsgemäß als Sprengzelle gegen die Gewerkschaften wirken. Das tut nun das Blättchen in der Weise, daß es dauernd zum Austritt aus dem Zentralverband der Ange- stellten auffordert. Nicht viel fehlt mit dem Hintert, daß die revolutionäre Betriebsorganisation besser sei, als die Gewerkschaft, denn die Gewerkschaften sind bekann- lich schlimmer als die Orgesch (!). In diesem Sinne schließt es auch jetzt wieder seinen Aufruf:

„Bittg kostenlos nehmen wir Austrittserklärungen aus dem Zentralverband der Angestellten entgegen. Keiner braucht dadurch der Betriebsorganisation beizutreten. Die Erklärungen werden durch „Einschreiben“ dem 3. d. A. gesammelt übermitteln.“

Also ganz nach Wunsch der Reaktionsäre, mit deren Orgesch diese sogenannte revolutionäre Organisation ja auch liebäugelt. Nicht organisieren, hinaus aus den freien Gewerks- schaften, — auch anderen möglichst fernbleiben: genau so wie früher, nur mit dem Unterschied, daß die Geiseln ihre Sache besser verstehen, weil ihre Redensarten zu grün sind. Und diese Eigenhaft der „Revolutionäre“ bewirkt, daß Zweck und Ziel ihrer Aufgabe nicht erreicht werden. Die Angestellten werden diese Dunkelmänner, die jetzt überall auftauchen und sich in trübliden Momenten als Opfer des Epitheliums ausgeben, im Auge behalten müssen.

Verbandstag der Böttcher.

Frankfurt a. M., 2. März.

Dritter Verhandlungstag.

In der Aussprache über den Pressebericht wurde ver- langt, daß im Verbandsorgan Artikel parteipolitischen Inhalts nicht aufgenommen werden sollten und daß die Redaktion sich bei partei- politischen Streitfragen objektiv und sachlich äußert. Vor allem wurde gefordert, daß innerhalb der Gewerkschaften die Einheitsfront der Klassenbewußten Arbeiterklasse gewahrt wird.

Der Vertreter des Gewerkschaftsbundes, Grafmann-Berlin, präziserte in längeren Darlegungen den Standpunkt des Gewerkschaftsbundes zu den in der Debatte über den Geschäftsbericht und das Verbandsorgan aufgeworfenen allgemeinen Fragen. Im Ge- werkschaftsbund seien die kleinen Gewerkschaften gegenüber den größeren Organisationen gleichberechtigt. Die Arbeitsgemeinschaften betrachte man nur als Mittel zum Zweck; wenn man sie nicht mehr gebrauche, gehe man aus ihnen heraus. Bei aller Schärfe der Kritik müsse doch das Bestreben vorhanden sein, zusammenzuhalten und zusammenzuarbeiten. Der Kapitalismus sei durch die Revolution noch nicht beseitigt, diese Tatsache dürfe man nicht außer acht lassen. Man solle auch nicht vergessen, daß Sozialismus Arbeit und Selbstaufopferung für die Allgemeinheit bedeute. Nach einem Schlusswort von Helfenberger-Bremen wurden alle Anträge zum Pressebericht dem Vorstand und der Redaktion zur Berücksichtigung überwiesen.

Ueber den Punkt Beitrags- und Unterstützungs- fragen hielt Wagner-Bremen das einleitende Referat. Es müsse eine Erhöhung der Beiträge um mindestens 50 Proz. vorge- nommen werden, damit die jetzt bestehenden Unterstützungseinrich- tungen aufrechterhalten bzw., wie die Streikunterstützung, noch aus-

gebaut werden können. In der ausgedehnten Diskussion sprachen die meisten Redner für die Erhöhung der Beiträge. Die hierzu zahlreich vorliegenden Anträge wurden schließlich einer Statutenberatungs- kommission überwiesen.

Lohnbewegung in den Brotfabriken.

Das im Deutschen Transportarbeiterverband organisierte Fahr- personal der Groß-Berliner Brotfabriken befindet sich zurzeit in einer Lohnbewegung.

Der im Mai o. J. mit der Vereinigung der Brotfabriken abge- schlossene Tarifvertrag ist infolge der fortschreitenden Teue- rung längst nicht mehr zeitgemäß. Die Arbeitgeber scheinen das aber nicht einsehen zu wollen, denn sie haben sich geweigert, auf Grund der gestellten Forderungen zu verhandeln. Gleichzeitig haben, wie bereits berichtet, auch die Bäcker Forderungen gestellt. Die Gewerkschaften haben die strittige Angelegenheit dem Schlich- tungsausschuß Groß-Berlin übergeben, um erst alle Verhandlungs- möglichkeiten zu erschöpfen, ehe das letzte Mittel angewendet wird. Sie wollen versuchen, die Berliner Bevölkerung vor den ersten Folgen zu bewahren, die ein Streik in der Berliner Brotversorgung nach sich ziehen würde.

Eine „Deutsche Verkehrsbeamten-Gewerkschaft“ wurde am Sonntag in Berlin gegründet. Sie will, wie es in einer Ent- scheidung heißt, „im Rahmen der Gelohnbewegung der christlich- nationalen Arbeitnehmerkraft“ die „berechtigten Standes- forderungen“ der Beamten „mit allem Nachdruck“ wahrren. Wir werden bei dieser Gelegenheit nochmals darauf, daß für alle Verkehrsbeamten, denen nicht Pflege des Standesbunkels oberstes Gebot gewerkschaftlichen Arbeitens ist, nur eine Organisation in Frage kommt, der ein freigewerkschaft- lichem Boden stehende „Verkehrsbund“.

Zimmerer der Jahreshelle Berlin! Die D.A.B.D. (Anhänger der Moskauer Internationale) veranstaltet am Sonnabend, den 5. März, eine Zimmerer-Versammlung in der Schulaua, Weinmeisterstraße. Alle auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Verbandsmitglieder werden aufgefordert, diese Versamm- lung nicht zu besuchen.

Zu der am Sonntag, den 6. März, stattfindenden Stimmwahl für den Jahreshellenvorstand ist für diese Mitglieder die Richtschnur vor- gegeben, die Einheit und Geschlossenheit unserer Organisation zu bewahren, und da gibt es nur eine klare Entscheidung: keine Stimme den Kommunisten. Die Parole kann nur lauten: „Gegen Moskau — für Amsterdam!“

Der Reichstarif im Versicherungsgewerbe in Kraft. Unter Be- rücksichtigung der derzeitigen besonderen Umstände hat der Arbeit- geberverband seine Bedenken zurückgestellt und den vollständigen Reichstarifvertrag unterschrieben.

Teufler Transportarbeiter-Verband, Bettrunnsaufste, Betriebsbleute und Betriebsräte der Beamten Post- und Arbeitskräfte! Sonnabend, den 5. März, abends 7 Uhr, im Lokal von Pfeiffer, Reichslostr. 13, Vertro- männerkung. Stellungnahme zur Räumung des Tarifvertrages.

Briefkasten der Redaktion.

Schriftliche Anknast wird nicht erstellt.

Die Feuer- und Einbruch-Versicherungs-Gesellschaften sind alle prinzipiell ablehnend gegenüber dem Verzeichnis der in den Anknast; wir können keine als besonders empfehlenswert bezeichnen. — 1. 6. 14. 14. 14. — 2. 6. 14. 14. 14. — 3. 6. 14. 14. 14. — 4. 6. 14. 14. 14. — 5. 6. 14. 14. 14. — 6. 6. 14. 14. 14. — 7. 6. 14. 14. 14. — 8. 6. 14. 14. 14. — 9. 6. 14. 14. 14. — 10. 6. 14. 14. 14. — 11. 6. 14. 14. 14. — 12. 6. 14. 14. 14. — 13. 6. 14. 14. 14. — 14. 6. 14. 14. 14. — 15. 6. 14. 14. 14. — 16. 6. 14. 14. 14. — 17. 6. 14. 14. 14. — 18. 6. 14. 14. 14. — 19. 6. 14. 14. 14. — 20. 6. 14. 14. 14. — 21. 6. 14. 14. 14. — 22. 6. 14. 14. 14. — 23. 6. 14. 14. 14. — 24. 6. 14. 14. 14. — 25. 6. 14. 14. 14. — 26. 6. 14. 14. 14. — 27. 6. 14. 14. 14. — 28. 6. 14. 14. 14. — 29. 6. 14. 14. 14. — 30. 6. 14. 14. 14. — 31. 6. 14. 14. 14. — 32. 6. 14. 14. 14. — 33. 6. 14. 14. 14. — 34. 6. 14. 14. 14. — 35. 6. 14. 14. 14. — 36. 6. 14. 14. 14. — 37. 6. 14. 14. 14. — 38. 6. 14. 14. 14. — 39. 6. 14. 14. 14. — 40. 6. 14. 14. 14. — 41. 6. 14. 14. 14. — 42. 6. 14. 14. 14. — 43. 6. 14. 14. 14. — 44. 6. 14. 14. 14. — 45. 6. 14. 14. 14. — 46. 6. 14. 14. 14. — 47. 6. 14. 14. 14. — 48. 6. 14. 14. 14. — 49. 6. 14. 14. 14. — 50. 6. 14. 14. 14. — 51. 6. 14. 14. 14. — 52. 6. 14. 14. 14. — 53. 6. 14. 14. 14. — 54. 6. 14. 14. 14. — 55. 6. 14. 14. 14. — 56. 6. 14. 14. 14. — 57. 6. 14. 14. 14. — 58. 6. 14. 14. 14. — 59. 6. 14. 14. 14. — 60. 6. 14. 14. 14. — 61. 6. 14. 14. 14. — 62. 6. 14. 14. 14. — 63. 6. 14. 14. 14. — 64. 6. 14. 14. 14. — 65. 6. 14. 14. 14. — 66. 6. 14. 14. 14. — 67. 6. 14. 14. 14. — 68. 6. 14. 14. 14. — 69. 6. 14. 14. 14. — 70. 6. 14. 14. 14. — 71. 6. 14. 14. 14. — 72. 6. 14. 14. 14. — 73. 6. 14. 14. 14. — 74. 6. 14. 14. 14. — 75. 6. 14. 14. 14. — 76. 6. 14. 14. 14. — 77. 6. 14. 14. 14. — 78. 6. 14. 14. 14. — 79. 6. 14. 14. 14. — 80. 6. 14. 14. 14. — 81. 6. 14. 14. 14. — 82. 6. 14. 14. 14. — 83. 6. 14. 14. 14. — 84. 6. 14. 14. 14. — 85. 6. 14. 14. 14. — 86. 6. 14. 14. 14. — 87. 6. 14. 14. 14. — 88. 6. 14. 14. 14. — 89. 6. 14. 14. 14. — 90. 6. 14. 14. 14. — 91. 6. 14. 14. 14. — 92. 6. 14. 14. 14. — 93. 6. 14. 14. 14. — 94. 6. 14. 14. 14. — 95. 6. 14. 14. 14. — 96. 6. 14. 14. 14. — 97. 6. 14. 14. 14. — 98. 6. 14. 14. 14. — 99. 6. 14. 14. 14. — 100. 6. 14. 14. 14. — 101. 6. 14. 14. 14. — 102. 6. 14. 14. 14. — 103. 6. 14. 14. 14. — 104. 6. 14. 14. 14. — 105. 6. 14. 14. 14. — 106. 6. 14. 14. 14. — 107. 6. 14. 14. 14. — 108. 6. 14. 14. 14. — 109. 6. 14. 14. 14. — 110. 6. 14. 14. 14. — 111. 6. 14. 14. 14. — 112. 6. 14. 14. 14. — 113. 6. 14. 14. 14. — 114. 6. 14. 14. 14. — 115. 6. 14. 14. 14. — 116. 6. 14. 14. 14. — 117. 6. 14. 14. 14. — 118. 6. 14. 14. 14. — 119. 6. 14. 14. 14. — 120. 6. 14. 14. 14. — 121. 6. 14. 14. 14. — 122. 6. 14. 14. 14. — 123. 6. 14. 14. 14. — 124. 6. 14. 14. 14. — 125. 6. 14. 14. 14. — 126. 6. 14. 14. 14. — 127. 6. 14. 14. 14. — 128. 6. 14. 14. 14. — 129. 6. 14. 14. 14. — 130. 6. 14. 14. 14. — 131. 6. 14. 14. 14. — 132. 6. 14. 14. 14. — 133. 6. 14. 14. 14. — 134. 6. 14. 14. 14. — 135. 6. 14. 14. 14. — 136. 6. 14. 14. 14. — 137. 6. 14. 14. 14. — 138. 6. 14. 14. 14. — 139. 6. 14. 14. 14. — 140. 6. 14. 14. 14. — 141. 6. 14. 14. 14. — 142. 6. 14. 14. 14. — 143. 6. 14. 14. 14. — 144. 6. 14. 14. 14. — 145. 6. 14. 14. 14. — 146. 6. 14. 14. 14. — 147. 6. 14. 14. 14. — 148. 6. 14. 14. 14. — 149. 6. 14. 14. 14. — 150. 6. 14. 14. 14. — 151. 6. 14. 14. 14. — 152. 6. 14. 14. 14. — 153. 6. 14. 14. 14. — 154. 6. 14. 14. 14. — 155. 6. 14. 14. 14. — 156. 6. 14. 14. 14. — 157. 6. 14. 14. 14. — 158. 6. 14. 14. 14. — 159. 6. 14. 14. 14. — 160. 6. 14. 14. 14. — 161. 6. 14. 14. 14. — 162. 6. 14. 14. 14. — 163. 6. 14. 14. 14. — 164. 6. 14. 14. 14. — 165. 6. 14. 14. 14. — 166. 6. 14. 14. 14. — 167. 6. 14. 14. 14. — 168. 6. 14. 14. 14. — 169. 6. 14. 14. 14. — 170. 6. 14. 14. 14. — 171. 6. 14. 14. 14. — 172. 6. 14. 14. 14. — 173. 6. 14. 14. 14. — 174. 6. 14. 14. 14. — 175. 6. 14. 14. 14. — 176. 6. 14. 14. 14. — 177. 6. 14. 14. 14. — 178. 6. 14. 14. 14. — 179. 6. 14. 14. 14. — 180. 6. 14. 14. 14. — 181. 6. 14. 14. 14. — 182. 6. 14. 14. 14. — 183. 6. 14. 14. 14. — 184. 6. 14. 14. 14. — 185. 6. 14. 14. 14. — 186. 6. 14. 14. 14. — 187. 6. 14. 14. 14. — 188. 6. 14. 14. 14. — 189. 6. 14. 14. 14. — 190. 6. 14. 14. 14. — 191. 6. 14. 14. 14. — 192. 6. 14. 14. 14. — 193. 6. 14. 14. 14. — 194. 6. 14. 14. 14. — 195. 6. 14. 14. 14. — 196. 6. 14. 14. 14. — 197. 6. 14. 14. 14. — 198. 6. 14. 14. 14. — 199. 6. 14. 14. 14. — 200. 6. 14. 14. 14. — 201. 6. 14. 14. 14. — 202. 6. 14. 14. 14. — 203. 6. 14. 14. 14. — 204. 6. 14. 14. 14. — 205. 6. 14. 14. 14. — 206. 6. 14. 14. 14. — 207. 6. 14. 14. 14. — 208. 6. 14. 14. 14. — 209. 6. 14. 14. 14. — 210. 6. 14. 14. 14. — 211. 6. 14. 14. 14. — 212. 6. 14. 14. 14. — 213. 6. 14. 14. 14. — 214. 6. 14. 14. 14. — 215. 6. 14. 14. 14. — 216. 6. 14. 14. 14. — 217. 6. 14. 14. 14. — 218. 6. 14. 14. 14. — 219. 6. 14. 14. 14. — 220. 6. 14. 14. 14. — 221. 6. 14. 14. 14. — 222. 6. 14. 14. 14. — 223. 6. 14. 14. 14. — 224. 6. 14. 14. 14. — 225. 6. 14. 14. 14. — 226. 6. 14. 14. 14. — 227. 6. 14. 14. 14. — 228. 6. 14. 14. 14. — 229. 6. 14. 14. 14. — 230. 6. 14. 14. 14. — 231. 6. 14. 14. 14. — 232. 6. 14. 14. 14. — 233. 6. 14. 14. 14. — 234. 6. 14. 14. 14. — 235. 6. 14. 14. 14. — 236. 6. 14. 14. 14. — 237. 6. 14. 14. 14. — 238. 6. 14. 14. 14. — 239. 6. 14. 14. 14. — 240. 6. 14. 14. 14. — 241. 6. 14. 14. 14. — 242. 6. 14. 14. 14. — 243. 6. 14. 14. 14. — 244. 6. 14. 14. 14. — 245. 6. 14. 14. 14. — 246. 6. 14. 14. 14. — 247. 6. 14. 14. 14. — 248. 6. 14. 14. 14. — 249. 6. 14. 14. 14. — 250. 6. 14. 14. 14. — 251. 6. 14. 14. 14. — 252. 6. 14. 14. 14. — 253. 6. 14. 14. 14. — 254. 6. 14. 14. 14. — 255. 6. 14. 14. 14. — 256. 6. 14. 14. 14. — 257. 6. 14. 14. 14. — 258. 6. 14. 14. 14. — 259. 6. 14. 14. 14. — 260. 6. 14. 14. 14. — 261. 6. 14. 14. 14. — 262. 6. 14. 14. 14. — 263. 6. 14. 14. 14. — 264. 6. 14. 14. 14. — 265. 6. 14. 14. 14. — 266. 6. 14. 14. 14. — 267. 6. 14. 14. 14. — 268. 6. 14. 14. 14. — 269. 6. 14. 14. 14. — 270. 6. 14. 14. 14. — 271. 6. 14. 14. 14. — 272. 6. 14. 14. 14. — 273. 6. 14. 14. 14. — 274. 6. 14. 14. 14. — 275. 6. 14. 14. 14. — 276. 6. 14. 14. 14. — 277. 6. 14. 14. 14. — 278. 6. 14. 14. 14. — 279. 6. 14. 14. 14. — 280. 6. 14. 14. 14. — 281. 6. 14. 14. 14. — 282. 6. 14. 14. 14. — 283. 6. 14. 14. 14. — 284. 6. 14. 14. 14. — 285. 6. 14. 14. 14. — 286. 6. 14. 14. 14. — 287. 6. 14. 14. 14. — 288. 6. 14. 14. 14. — 289. 6. 14. 14. 14. — 290. 6. 14. 14. 14. — 291. 6. 14. 14. 14. — 292. 6. 14. 14. 14. — 293. 6. 14. 14. 14. — 294. 6. 14. 14. 14. — 295. 6. 14. 14. 14. — 296. 6. 14. 14. 14. — 297. 6. 14. 14. 14. — 298. 6. 14. 14. 14. — 299. 6. 14. 14. 14. — 300. 6. 14. 14. 14. — 301. 6. 14. 14. 14. — 302. 6. 14. 14. 14. — 303. 6. 14. 14. 14. — 304. 6. 14. 14. 14. — 305. 6. 14. 14. 14. — 306. 6. 14. 14. 14. — 307. 6. 14. 14. 14. — 308. 6. 14. 14. 14. — 309. 6. 14. 14. 14. — 310. 6. 14. 14. 14. — 311. 6. 14. 14. 14. — 312. 6. 14. 14. 14. — 313. 6. 14. 14. 14. — 314. 6. 14. 14. 14. — 315. 6. 14. 14. 14. — 316. 6. 14. 14. 14. — 317. 6. 14. 14. 14. — 318. 6. 14. 14. 14. — 319. 6. 14. 14. 14. — 320. 6. 14. 14. 14. — 321. 6. 14. 14. 14. — 322. 6. 14. 14. 14. — 323. 6. 14. 14. 14. — 324. 6. 14. 14. 14. — 325. 6. 14. 14. 14. — 326. 6. 14. 14. 14. — 327. 6. 14. 14. 14. — 328. 6. 14. 14. 14. — 329. 6. 14. 14. 14. — 330. 6. 14. 14. 14. — 331. 6. 14. 14. 14. — 332. 6. 14. 14. 14. — 333. 6. 14. 14. 14. — 334. 6. 14. 14. 14. — 335. 6. 14. 14. 14. — 336. 6. 14. 14. 14. — 337. 6. 14. 14. 14. — 338. 6. 14. 14. 14. — 339. 6. 14. 14. 14. — 340. 6. 14. 14. 14. — 341. 6. 14. 14. 14. — 342. 6. 14. 14. 14. — 343. 6. 14. 14. 14. — 344. 6. 14. 14. 14. — 345. 6. 14. 14. 14. — 346. 6. 14. 14. 14. — 347. 6. 14. 14. 14. — 348. 6. 14. 14. 14. — 349. 6. 14. 14. 14. — 350. 6. 14. 14. 14. — 351. 6. 14. 14. 14. — 352. 6. 14. 14. 14. — 353. 6. 14. 14. 14. — 354. 6. 14. 14. 14. — 355. 6. 14. 14. 14. — 356. 6. 14. 14. 14. — 357. 6. 14. 14. 14. — 358. 6. 14. 14. 14. — 359. 6. 14. 14. 14. — 360. 6. 14. 14. 14. — 361. 6. 14. 14. 14. — 362. 6. 14. 14. 14. — 363. 6. 14. 14. 14. — 364. 6. 14. 14. 14. — 365. 6. 14. 14. 14. — 366. 6. 14. 14. 14. — 367. 6. 14. 14. 14. — 368. 6. 14. 14. 14. — 369. 6. 14. 14. 14. — 370. 6. 14. 14. 14. — 371. 6. 14. 14. 14. — 372. 6. 14. 14. 14. — 373. 6. 14. 14. 14. — 374. 6. 14. 14. 14. — 375. 6. 14. 14. 14. — 376. 6. 14. 14. 14. — 377. 6. 14. 14. 14. — 378. 6. 14. 14. 14. — 379. 6. 14. 14. 14. — 380. 6. 14. 14. 14. — 381. 6. 14. 14. 14. — 382. 6. 14.